

13. Sitzung
am Dienstag, dem 3. Juni 2008

Inhalt

Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung 466

Fragestunde

- 1. Energieeffizienz von Haushaltsgroßgeräten in öffentlichen Gebäuden**
Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Schaefer, Dr. Güldner
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. Mai 2008 466
- 2. Elterngeld**
Anfrage der Abgeordneten Öztürk, Frau Stahmann
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Mai 2008 468
- 3. Patenschaften für Spielplätze in Bremen**
Anfrage der Abgeordneten Öztürk, Frau Stahmann
und Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 6. Mai 2008 469
- 5. Fehlende Fahrradstellplätze in der Bremer Innenstadt**
Anfrage der Abgeordneten Imhoff, Focke, Strohmann, Röwekamp
und Fraktion der CDU vom 7. Mai 2008 470
- 6. Überprüfung der Notwendigkeit von Verkehrsschildern in den Bremer Stadtteilen**
Anfrage der Abgeordneten Focke, Pflugradt, Frau Dr. Mohr-Lüllmann,
Röwekamp und Fraktion der CDU vom 7. Mai 2008 473

7. Kriminalität in der OslebsCity	
Anfrage der Abgeordneten Kottisch, Tschöpe, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 7. Mai 2008	475
8. Farge-Vegesacker-Eisenbahn	
Anfrage der Abgeordneten Frau Arnold-Cramer, Kasper, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 8. Mai 2008	475
9. Teilnahme von Behördenmitarbeiter/innen an öffentlichen Veranstaltungen	
Anfrage der Abgeordneten Rupp, Frau Troedel und Fraktion Die Linke vom 19. Mai 2008	477
10. Parkplatz am Unisee	
Anfrage der Abgeordneten Frau Winther, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. Mai 2008	478
11. Öffentliche Toiletten	
Anfrage der Abgeordneten Richter, Woltemath und Fraktion der FDP vom 22. Mai 2008	480
Aktuelle Stunde	482
Städtepartnerschaften im Netzwerk der Internationalen Beziehungen	
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 19. März 2008 (Drucksache 17/139 S)	
Dazu	
Mitteilung des Senats vom 27. Mai 2008 (Drucksache 17/179 S)	
Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	482
Abg. Frau Hiller (SPD)	483
Abg. Frau Troedel (Die Linke)	485
Abg. Dr. Möllenstädt (FDP)	486
Abg. Kastendiek (CDU)	487
Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	489
Bürgermeister Böhrnsen	489

Zukunft des Klinikums Bremen-Mitte

Große Anfrage der Fraktion der FDP

vom 19. März 2008

(Drucksache 17/140 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 13. Mai 2008

(Drucksache 17/171 S)

Abg. Dr. Möllenstädt (FDP)	491
Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann (CDU)	492
Abg. Brumma (SPD)	495
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	496
Abg. Beilken (Die Linke)	499
Senatorin Rosenkötter	501
Abg. Dr. Möllenstädt (FDP)	503

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 11

vom 27. Mai 2008

(Drucksache 17/182 S)	505
-----------------------------	-----

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Betriebsausschusses „Stadtgrün Bremen“

505

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Dr. Spieß, Frau Marken.

Vizepräsidentin Dr. Mathes
Vizepräsident Ravens

Präsident Weber

Schriftführerin Ahrens
Schriftführerin Cakici

Bürgermeister **Böhrnsen** (SPD), Präsident des Senats, Senator für Kultur und für kirchliche Angelegenheiten

Bürgermeisterin **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Rosenkötter** (SPD)

Senatorin für Bildung und Wissenschaft **Jürgens-Pieper** (SPD)

Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa **Dr. Loske** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senator für Inneres und Sport **Mäurer** (SPD)

Staatsrat **Schulte** (Senatskanzlei)

Staatsrätin **Emigholz** (Senator für Kultur)

Staatsrat **Golasowski** (Senator für Bau, Umwelt, Verkehr und Europa)

Staatsrat **Dr. Heseler** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Othmer** (Senatorin für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrat **Dr. Schulte-Sasse** (Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Staatsrat **Dr. Schuster** (Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 16.25 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 13. Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine Delegation des Betriebsrats des Klinikums Links der Weser sowie Betriebsratsvertreter des Klinikums Bremen-Mitte. - Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Barrierefreier Zugang zu den Sitzungen der Beiräte
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 1. April 2008
Dazu
Antwort des Senats vom 27. Mai 2008 (Drucksache 17/180S)
2. Berufliche Bildung durch effizienteren Ressourceneinsatz stärken
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 1. April 2008
Dazu
Antwort des Senats vom 20. Mai 2008 (Drucksache 17/175 S)
3. Schulprofile
Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke
Dazu
Antwort des Senats vom 20. Mai 2008 (Drucksache 17/176 S)
4. Sanktionen für Hartz-IV-Leistungsempfänger
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 8. April 2008
Dazu
Antwort des Senats vom 13. Mai 2008 (Drucksache 17/172 S)
5. Schlüssiges Betreiberkonzept für das „Schaufenster Bootsbau“ fehlt!
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 11. April 2008
Dazu
Antwort des Senats vom 13. Mai 2008 (Drucksache 17/173 S)
6. Ermäßigung oder Erlass der Elternbeiträge für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege gemäß § 90 Abs. 3 und 4 SGB VIII
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 29. April 2008
Dazu
Antwort des Senats vom 3. Juni 2008 (Drucksache 17/185 S)

7. Kosteneinsparungen bei der Stadtteilgruppe/Projektgruppe Tenever
Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke vom 6. Mai 2008
Dazu
Antwort des Senats vom 27. Mai 2008 (Drucksache 17/181 S)
8. Pensionszahlungen für ehemalige Klinikmitarbeiter sicherstellen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 27. Mai 2008

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunkts 5, Schulsport in der Stadtgemeinde Bremen, und des Tagesordnungspunkts 7, Situation der Förderzentren in Bremen-Nord, des Weiteren zur Vereinbarung von Redezeiten bei einigen Tagesordnungspunkten.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Meine Damen und Herren, für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen elf frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor. Die vierte Anfrage wurde zwischenzeitlich vom Fragesteller zurückgezogen.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Energieeffizienz von Haushaltsgroßgeräten in öffentlichen Gebäuden**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dr. Schaefer, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Dr. Schaefer!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen):
Wir fragen den Senat:

Erstens: In welcher Form berücksichtigt der Senat Energieeffizienzstandards beim Einkauf von Haushaltsgroßgeräten durch die öffentliche Hand?

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Zweitens: Nach welchen Kriterien wird über den Einkauf von gas- oder strombetriebenen Haushaltsgroßgeräten für öffentliche Gebäude, wie zum Beispiel Schulen, entschieden?

Drittens: Welche Maßnahmen plant der Senat, um durch den Einsatz von energieeffizienten Haushaltsgroßgeräten die CO₂-Bilanz in öffentlichen Gebäuden zu verbessern?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Der Einkauf von Haushaltsgroßgeräten richtet sich wie alle Beschaffungen der Stadtgemeinde und des Landes Bremen nach den Regelungen der geltenden Beschaffungsordnung des Senats vom 6. September 1994. In Punkt vier der Beschaffungsordnung ist festgelegt, dass die Grundsätze des damaligen Senators für Umweltschutz und Stadtentwicklung zur Beschaffung von umweltfreundlichen Produkten und Leistungen entsprechend der Anlage zwei zur Beschaffungsordnung zu beachten sind.

Weiterhin hat der Senat am 5. Februar 2002 im Rahmen seiner Beschlüsse zum Stromsparprogramm die Planungshinweise, Grenz- beziehungsweise Zielwerte für die Planung und Installation von haustechnischen Anlagen mit dem Ziel der nachhaltigen Senkung des Stromverbrauchs verabschiedet, die auch in das Gebäudesanierungshandbuch der GBI eingeflossen sind. In diesen Planungshinweisen ist unter anderem ausgeführt:

„Beim Neueinbau oder bei dem Ersatz küchentechnischer Einrichtungen in Gebäuden mit bestehendem Gasanschluss sind die Koch- und Backgeräte als Gasgeräte vorzusehen. Bei der Beschaffung elektrischer Haushaltsgeräte sind nur solche der Energieeffizienzklasse A vorzusehen und zu beschaffen.“ Speziell zu Kühlschränken gibt es darüber hinaus die Festlegung, dass diese generell ohne Eisfach zu beschaffen sind. Für Wasch- und Spülmaschinen sollen Warmwasseranschlüsse vorgesehen werden.

Zu Frage 2: Die Entscheidung über die Beschaffung von Haushaltselektrogroßgeräten wird von den jeweiligen Bedarfsträgern zusammen mit den Fachplanern im Zuge der Einrichtung beziehungsweise Erneuerung von zum Beispiel Kücheneinrichtungen, Kantinen et cetera getroffen. Hierbei sind neben der Beachtung der unter Antwort 1 aufgeführten Beschaffungs- beziehungs-

weise Planungsgrundsätze auch die Verfügbarkeit von bedarfsgerechten Gas- beziehungsweise Elektrogeräten und gegebenenfalls erhöhte Sicherheitsaspekte zum Beispiel an Schulen zu prüfen sowie generell die Wirtschaftlichkeit zu beachten, Paragraph 7 Absatz 2 LHO.

Gasgeräte sind in der Regel bei der Beschaffung deutlich teurer als leistungsgleiche Elektrogeräte. Die Betriebskosten sind bei Gasgeräten dagegen deutlich niedriger, was unter anderem darauf beruht, dass Strom im Unterschied zu Erdgas in einem verlustreichen Umwandlungsprozess in Kraftwerken erzeugt werden muss. Aus diesem Grund ist auch die CO₂-Emission bei der Stromnutzung pro Kilowattstunde mehr als dreimal so hoch wie bei der Gasnutzung.

Es muss im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ermittelt werden, ob die Mehrkosten bei der Beschaffung und Installation von Gasgeräten durch die Minderkosten im Betrieb aufgewogen werden.

Zu Frage 3: Der Senat beabsichtigt, im Zuge der geplanten Novellierung der Beschaffungsordnung die Ziele des Klimaschutzes sowie einer sparsamen und effizienten Energienutzung verstärkt zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere vorgesehen, die im Rahmen des Stromsparprogramms beschlossenen Planungshinweise in geeigneter Form als Anlage in die Beschaffungsordnung zu integrieren. Darüber hinaus ist geplant, den Vollzug der geltenden Regelungen zu überprüfen. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich begrüße das natürlich, dass im Zuge der geplanten Novellierung der Beschaffungsordnung Klimaschutz und effiziente Energienutzung im Fokus stehen, und Sie hatten ja auch die Kriterien genannt für den Einbau von Gasherden in Schulen. Was schätzt der Senat, bis wann diese Umstellung auf Gasherde in Schulen vonstattengegangen ist oder abgeschlossen sein kann?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Das kann man nicht so direkt sagen, weil das nicht bei mir allein liegt, sondern in der Zuständigkeit der einzelnen Ressorts, aber das Fenster der Möglichkeiten für hocheffiziente Geräte ist natürlich dann offen, wenn Ersatzinvestitionen anstehen und wenn - wie zum Beispiel beim Ausbau der Ganztagschulen - die Neuanschaffung von Küchen ansteht. Insofern kann ich

da jetzt keine ganz präzise Antwort geben, aber das ist dieser Erneuerungszyklus, so wie ich ihn gerade beschrieben habe.

Die Punkte, die vielleicht noch wichtig sind, die wir allgemein herausheben sollten, sind, erstens, dass man unterscheiden muss zwischen Anschaffungskosten und Betriebskosten, das wird häufig vergessen. Wenn man bei der Beschaffung nur auf die Anschaffungskosten schaut und nicht auf die Betriebskosten, dann kommt man leicht zu Fehlentscheidungen. Zweitens ist die Beschaffungsordnung novellierungsbedürftig, weil es in den alten Planungshinweisen zum Beispiel noch Effizienzklasse A heißt, und bei vielen Geräten sind wir mittlerweile bei der besten Effizienzklasse A++. Das wird ja immer unübersichtlicher. Das ist, finde ich, selbst schon reformbedürftig, aber erst recht natürlich unsere Beschaffungsrichtlinie. Deshalb machen wir das auch, und die Finanzsenatorin ist in enger Abstimmung mit den einzelnen Ressorts dabei, unter anderem auch mit meinem Haus.

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Elterngeld**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Öztürk, Frau Stahmann und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Öztürk!

Abg. **Öztürk** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Eltern haben zurzeit Anspruch auf Elterngeld, und wie viele haben dieses seit seiner Einführung beantragt?

Zweitens: Wie bewertet der Senat die Praxis seit Einführung des Elterngeldes, und wie werden Eltern über das Beantragungsverfahren informiert?

Drittens: Wenn es beim Elterngeld zu verzögerten Zahlungen gekommen sein sollte, wie lange verzögerten sich diese, und wie wurden sie überbrückt?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Schuster.

Staatsrat Dr. Schuster: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Frage wie folgt:

Zu Frage 1: Nach dem Bundeselterngeldgesetz haben alle Eltern, deren Kind nach dem 31. De-

zember 2006 geboren wurde und die die gesetzlichen Anspruchsvoraussetzungen erfüllen, Anspruch auf Elterngeld. Zu den Anspruchsvoraussetzungen gehören unter anderem die Verringerung oder Unterbrechung der Erwerbstätigkeit und bei ausländischen Staatsangehörigen ein qualifizierter Aufenthaltstitel. Über die Zahl der Anspruchsberechtigten hat der Senat keine Kenntnis.

Bis zum 31. Dezember 2007 wurden im Land Bremen 4696 Anträge auf Elterngeld gestellt und davon 4663 Anträge bewilligt, wobei hiervon 3837 Anträge auf die Stadtgemeinde Bremen entfielen. Darunter waren 410 Anträge von Vätern. 826 Anträge entfielen auf die Stadtgemeinde Bremerhaven. Davon waren 61 Anträge von Vätern. Aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes liegen noch nicht vor.

Zu Frage 2: Schon bald nach der Einführung des Bundeselterngeldgesetzes stellte sich heraus, dass dieses Gesetz im Vergleich zum bisherigen Bundeserziehungsgeldgesetz im Vollzug erheblich komplizierter ist. Diese Tatsache führte bei den Elterngeldstellen in allen Bundesländern zu erheblichen Rückständen bei der Antragsbearbeitung. Auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft der obersten Landesjugend- und -familienbehörden wurde Ende letzten Jahres unter der Federführung des Landes Bayern ein Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung des Elterngeldvollzuges erarbeitet und im Bundesrat verabschiedet. Die Vereinfachung zielt hierbei im Wesentlichen auf die Ermittlung des zu berücksichtigenden Einkommens ab. Die Information der Eltern über das Beantragungsverfahren erfolgt über verschiedene Medien, wie zum Beispiel die Website des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend oder die Broschüre der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau. Daneben beraten und informieren auch die Elterngeldstellen in Bremen und Bremerhaven.

Zu Frage 3: Wie schon in der Antwort zu Frage 2 dargestellt, gab und gibt es auch in der Elterngeldstelle des Amtes für Soziale Dienste Rückstände bei der Antragsbearbeitung. Diese Rückstände betragen zurzeit etwa zehn Wochen nach Eingang des vollständigen und bearbeitungsfähigen Antrags. Sofern die Mutter vor der Geburt des Kindes erwerbstätig war, zahlt die Krankenkasse noch für circa acht Wochen nach der Geburt Mutterschaftsgeld, welches in jedem Fall auf den Elterngeldanspruch anzurechnen ist. Dies gilt auch für den Fall, wenn der Vater Elterngeld ab dem ersten Lebensmonat des Kindes beantragt, da die ersten beiden Lebensmonate wegen des Bezugs von Mutterschaftsleistungen für die Mutter als

„verbraucht“ gelten. In Fällen, in denen vor der Geburt des Kindes keine Erwerbstätigkeit ausgeübt wurde, erhalten Elterngeldbezieher lediglich den Sockelbetrag in Höhe von 300 Euro monatlich. Da in diesen Fällen bei der Antragsbearbeitung eine Ermittlung des zu berücksichtigenden Einkommens nicht erforderlich ist, ist die Bearbeitungszeit erheblich kürzer. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Besteht der Wunsch einer Zusatzfrage? - Bitte schön!

Abg. **Öztürk** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat, Sie hatten erwähnt, dass das Bundeselterngesetz im Vergleich zum bisherigen Bundeserziehungsgesetz insbesondere im Vollzug ein kompliziertes ist. Können Sie das vielleicht mit einem Satz oder zwei Sätzen erklären?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schuster: Das Problem ist, dass eine eigene Einkommensberechnung vorgenommen werden muss, die sich nicht einfach durch die Abgabe des Steuerbescheides ergibt. Dadurch ergeben sich steuerrechtliche Fragen, was alles in Abzug von einem Einkommen zu bringen ist oder aufzuschlagen ist, das ist das Komplizierte, und genau darauf zielte der bayerische Antrag im Bundesrat zu sagen, das kann man doch einfacher machen, dann wird es letztendlich ein bisschen pauschalierter, aber es hat den großen Effekt, dass man nicht so eine lange Bearbeitungszeit braucht.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Öztürk** (Bündnis 90/Die Grünen): Eine abschließende! Sie hatten erwähnt, dass im Amt für Soziale Dienste die Rückstände bei der Antragsbearbeitung natürlich eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Davon sind Familien bei der Auszahlung betroffen. Inwieweit werden sie informiert, damit sie ungefähr einen Zeitplan haben, wann die erste Zahlung auch rückwirkend erfolgt, sprich, was unternimmt da das Ressort konkret?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schuster: Wir versuchen auch immer zu ermitteln, inwieweit es besondere Tatbestände sind, ob man beispielsweise ausschließlich auf dieses Geld angewiesen ist. Wenn uns dies zu Kenntnis gelangt, versuchen wir, es auch entsprechend schneller zu bearbeiten und diese Fälle vorzuziehen, weil es natürlich, wenn man kein Geld hat, äußerst problematisch ist, wenn man auf solche Ansprüche lange warten muss. Aller-

dings, auch da ist es so, deswegen der Hinweis auf die Mutterschutzleistung, dass in den ersten acht Lebenswochen ohnehin eine Zahlung geleistet wird, die auf das Elterngeld angerechnet werden muss, sodass auch von dieser Seite her in den ersten acht Wochen keine völlige Mittellosigkeit da ist. Wie gesagt, es ist nicht befriedigend, wir bemühen uns, die Zeit weiter zu verkürzen, aber da erhoffen wir uns eben auch eine entsprechende Entlastung, dass der Bundestag diese Bundesratsinitiative aufgreift und auch entsprechend umsetzt.

Vizepräsident Ravens: Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Patenschaften für Spielplätze in Bremen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Öztürk, Frau Stahmann und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Öztürk, stellen Sie die Anfrage!

Abg. **Öztürk** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: In welcher Form und welchem Umfang gibt es zurzeit Patenschaften von Initiativen, Privatpersonen und Sponsoren für Spielplätze, und welche Erfahrungen hat der Senat hierbei bisher gemacht?

Zweitens: Inwieweit sind Ortsämter und Beiräte in bestehende und geplante Patenschaftsprojekte eingebunden, und welche Planungen verfolgt der Senat, diese Gremien in der Zukunft zu beteiligen?

Drittens: Welche Planungen verfolgt der Senat, Patenschaften und bürgerschaftliches Engagement in Zukunft zu unterstützen und zu fördern?

Vizepräsident Ravens: Auch diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Schuster.

Staatsrat Dr. Schuster: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Erstens: An der Ausgestaltung und Neugestaltung von Spielplätzen werden seit mehr als sechs Jahren aktive Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auch Kinder und Jugendliche, regelmäßig beteiligt. Insoweit entstehen auch immer wieder persönliche Bezüge zu Spielplätzen, die den Charakter von Partnerschaften oder informellen Patenschaften annehmen können. Im Rahmen solcher Patenschaften werden die Anwesenheiten von Er-

wachsenen auf Spielplätzen gesichert, kleinere Aufräumarbeiten übernommen und Hinweise auf besondere Verschmutzungen oder offensichtliche technische Mängel an das Amt für Soziale Dienste weitergegeben. Mitunter übernehmen Kitas, Kirchengemeinden oder Jugendeinrichtungen auf Spielplätzen auch Säuberungsaufgaben, oder Einzelsponsoren stellen Mittel hierfür zur Verfügung.

Insgesamt sind derartige Patenschaften für bis zu rund 10 Prozent der öffentlichen Spielplätze bekannt. Darunter sind wenige dauerhafte Patenschaften. In der Regel erlischt das Interesse dann, wenn die eigenen Kinder den Spielplatz nicht mehr benutzen oder es zu Auseinandersetzungen über Nachbarschaftsbeschwerden gekommen ist. Da die Bereitschaft für Patenschaften dieser Art in vielen Fällen nach einiger Zeit stark zurückgeht, bemühen sich die Initiativberaterinnen und -berater des Amtes für Soziale Dienste fortlaufend, neue Patenschaften anzuregen oder zu begleiten.

Zweitens: In die bekannten Patenschaften für Spielplätze sind die Ortsämter und Beiräte in der Regel nicht eingebunden. An einer Patenschaft interessierte Bürgerinnen und Bürger wenden sich an das zuständige Jugendamt. Der Senat steht einer etwaigen Einbeziehung der Ortsämter und Beiräte in dieser Frage offen gegenüber. Wenn vor Ort der Wunsch besteht, ist eine entsprechende Information der Beteiligten möglich und wird auch vollzogen.

Drittens: Der Senat unterstützt interessierte Bürgerinnen und Bürger bei der Übernahme von Patenschaften für öffentliche Spielplätze durch die Initiativberaterinnen und Initiativberater des Amtes für Soziale Dienste. Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales wird Patenschaftsmodelle weiter befördern, da sie wichtige Beiträge zur Identifizierung aktiver Bürgerinnen und Bürger mit ihren Sozialräumen darstellen und insofern zur Verbesserung von Wohn- und Lebensqualität im Lebensumfeld beitragen. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Möchten Sie eine Zusatzfrage stellen? - Bitte sehr!

Abg. **Öztürk** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie hatten in der Antwort des Senats erwähnt, dass es durchaus erwünscht ist, dass Beiräte und Ortsämter beteiligt sind. Ich frage mich nur, inwieweit, wenn Menschen sich im Ort engagieren möchten, Patenschaften zu übernehmen, da Möglichkeiten seitens des Ressorts oder des Jugendamts ausgeschöpft werden, auch dafür zu werben, dass diese Möglichkeit durchaus besteht?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Schuster: Wir sind sehr daran interessiert, ein Anlass sind insbesondere immer Umgestaltungs- oder Ausbaumaßnahmen an Spielplätzen, die wir in den letzten Jahren häufig vorgenommen haben, das möglichst in Zusammenarbeit mit betroffenen Eltern und vor allen Dingen den Kindern selbst zu machen. Über solche Kontakte, in die allerdings nicht immer die Ortsämter eingebunden sein müssen, weil diese Kontakte ja häufig davon leben, dass es auf ganz unbürokratischem Weg geht, und da würden Elternteile kaum einsehen, weswegen der Beirat gefragt oder auch nur informiert werden muss, dass dieses Elternteil sich an diesem Spielplatz engagieren will, läuft es in diesem Zusammenhang. Es wird explizit versucht, die Kinder oder die Eltern anzusprechen, die beispielsweise vor Ort diesen Spielplatz ohnehin schon genutzt haben. Über solche Aktivitäten versuchen wir, das auszuschöpfen, allerdings ist es immer eine schwierige Sache.

Die andere Sache ist, das ist auch ein wichtiger Zugang, dass sich Eltern von selbst aus melden, weil natürlich, wenn man als Elternteil regelmäßig mit seinem Kind auf dem Spielplatz ist, man sich auch manchmal über den Dreck ärgert, der da unter Umständen liegt, und sagt, ich bin ja gern bereit, da mitzuwirken. Auch über solche Bereitschaft kommt es dann teilweise zu Patenschaften, aber das ist dann eben der Nachteil, das erlischt, wenn die Kinder zu alt sind und nicht mehr hingehen, das ist eine ganz natürliche Sache. Insofern ist das ein nicht so richtig formalisiertes Verfahren in vielen Bereichen, aber wir bemühen uns, sobald wir Ansatzpunkte haben, dies auch entsprechend auszuschöpfen.

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen, sodass wir zur fünften Anfrage kommen. Sie bezieht sich auf **fehlende Fahrradstellplätze in der Bremer Innenstadt**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Imhoff, Focke, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Herr Kollege Imhoff, bitte stellen Sie die Anfrage!

Abg. **Imhoff** (CDU): Vielen Dank, Herr Präsident! Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie hat sich in den letzten Monaten die Situation der Fahrradstellplätze - Fahrradbügel - in der Innenstadt entwickelt?

Zweitens: Was gedenkt der Senat - auch vor dem Hintergrund des 2009 anstehenden Kirchentages - zu tun, um eine ausreichende Zahl an Fahrradstellplätzen zu gewährleisten?

Drittens: Was gedenkt der Senat zu unternehmen, um dem verstärkt um sich greifenden „Fahrrad-Wildparken“ beizukommen?

Vizepräsident Ravens: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Frage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Anzahl der Fahrradstellplätze ist in den letzten Monaten nahezu konstant geblieben. Lediglich im Bereich Bredenplatz/Langenstraße mussten Angebote aufgrund von Baumaßnahmen zurückgenommen werden. Die BRE-PARK wird am Parkhaus Langenstraße 60 Stellplätze nach Abschluss der Baumaßnahme „Lidl“ wieder herstellen. Ob auch im Bereich Bredenplatz Stellplätze nach Fertigstellung des Hotelneubaus geschaffen werden können, ist noch zu prüfen. Im Faulenquartier konnten dagegen 50 Stellplätze neu eingerichtet werden.

Zu Frage 2: Im Rahmen der Vorbereitungen zum Kirchentag wird zurzeit geprüft, inwieweit es möglich ist, zusätzlich zu den bereits bestehenden fest installierten Anlagen mobile Stellplatzangebote an den Hauptveranstaltungsorten, die sich aber außerhalb der Innenstadt befinden, zu schaffen.

Zu Frage 3: Dem Senat ist die Problematik von „wild“ abgestellten Fahrrädern hinreichend bekannt, jedoch nicht, dass hierbei eine Zunahme zu verzeichnen ist, die nennenswert von den jahreszeitlich bedingten Schwankungen abweicht. Einzelne Fahrräder, die verkehrsgefährdend beziehungsweise verkehrsbehindernd abgestellt werden, können durch die Polizei entfernt werden. Grundsätzlich ist aber das Abstellen von Fahrrädern auf Gehwegflächen, hierzu zählen auch Fußgängerzonen, erlaubt. Gegen das unsystematische „wilde“ Abstellen von Fahrrädern kann aufgrund einer fehlenden rechtlichen Grundlage nicht generell eingeschritten werden. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Imhoff** (CDU): Herr Senator, Sie sprachen davon, dass die Zahl der Fahrradstellplätze in der Innenstadt konstant wäre, aber dass es doch weniger sind. Was sind sie jetzt, weniger oder mehr, konstant weniger?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Es heißt nahezu konstant. Durch die Baumaßnahmen sind es vorübergehend weniger, aber es wird wieder dadurch aufgehoben, dass neue eingerichtet werden, sobald die Baumaßnahme Bredenplatz/Langenstraße abgeschlossen ist. So habe ich das gesagt.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Imhoff** (CDU): Wenn ich das richtig verstanden habe, ist beim Bredenplatz noch keine Lösung in Sicht, wo man diese Plätze schaffen kann, vor allem im Kernbereich der Innenstadt und am Marktplatz. Wo wir uns einig sind, ist, dass im Faulenquartier etwas gemacht werden muss, das ist auch gut, aber ich denke, und jetzt die Frage, Sie müssen ja in Bremen-Innenstadt im Kernbereich noch etwas tun, um zumindest die Plätze vom Bredenplatz zu ersetzen und dementsprechend auch noch mehr zu tun. Vor allem vor dem Hintergrund, dass, wenn man eine Umweltzone in Bremen schafft, man für den Fahrrad- und öffentlichen Nahverkehr überall etwas machen muss! Insofern frage ich Sie, wann und wie Sie dort etwas tun wollen.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Das habe ich beantwortet, aber wir sind uns ja völlig einig, dass wir diese Fahrradparkplätze, die jetzt weggefallen sind, nicht nur kompensieren, sondern überkompensieren müssen. Ich selbst arbeite auch daran, dass das Parkplatzangebot für Fahrräder weiter ausgebaut wird, und insofern sind wir uns da, glaube ich, vollkommen einig. Ich weiß jetzt nicht so genau, was ich zusätzlich zu Ihrer Frage sagen soll.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine Zusatzfrage?

(Abg. **Imhoff** [CDU]: Ich wollte eigentlich eine konkretere Ausführung, aber okay, dann lasse ich es!)

Senator Dr. Loske: Nein, das ist sehr konkret. Ich hätte auch antworten können „jo, dat makt wi“, wenn diese Antwort Ihnen besser gefallen hätte. Wir werden das nicht nur kompensieren, sondern wir werden zusätzliche Fahrradparkplätze in der Innenstadt schaffen.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Imhoff** (CDU): Sind Sie da auch im Gespräch mit dem ADFC? Wissen Sie, dass der

ADFC die Fahrradabstellmöglichkeiten in Bremen als zu gering bewertet?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ich habe das heute auch in der Zeitung gelesen, dass sie sich sehr über Ihre Initiative gefreut haben und der ADFC das begrüßt, aber ich wiederhole noch einmal, wir ziehen da an einem Strang, es geht nicht nur darum, die Anzahl der Fahrradparkplätze in der Innenstadt konstant zu halten, sondern sogar weiter auszubauen. Darüber bin ich auch mit dem ADFC im Gespräch, aber nicht nur darüber, sondern intensiv über alle möglichen anderen Themen.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Imhoff** (CDU): Manchmal ist es ganz gut, wenn man irgendwo neu in eine Stadt kommt, und Sie sind ja neu hier in der Stadt, insofern, da sind neue Ideen, dagegen kann doch keiner etwas haben. Jetzt stelle ich natürlich die Frage, wenn Sie hier neu, ich sage einmal, nicht betriebsblind durch die Bremer Innenstadt laufen, haben Sie schon konkrete Vorstellungen, an welchen Plätzen man noch etwas verbessern kann?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Das werden wir im Rahmen einer integrierten Gesamtbetrachtung vorlegen.

(Heiterkeit bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aber wissen Sie, das muss ja mit den Eigentümern besprochen werden, das kann ich ja jetzt nicht so einfach herauspusten. Aber ich bin ja selbst Fahrradfahrer, so wie Sie ja gelegentlich auch, wie ich weiß, und eigentlich bekomme ich meistens einen Parkplatz, muss ich sagen, aber man kann es bestimmt noch verbessern, da sind wir uns einig.

Vizepräsident Ravens: Herr Kollege Richter, Sie haben eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Richter** (FDP): Es ist ja schön, wenn das Parkplatzangebot für Fahrräder in der Innenstadt verbessert werden soll, da stimmen wir, glaube ich, alle auch überein. Bloß, um erst einmal zu den Stellplätzen für Fahrräder in der Innenstadt hinzukommen, muss man ja auch vernünftige Fahrradwege haben, und die sind ja teilweise in einem sehr katastrophalen Zustand, wie wir Fahrradfahrer, die es ein paar hier in der Bürgerschaft gibt, alle wissen. Gibt es da eine mittelfristige Fi-

nanzplanung, um den Zustand der Fahrradwege entscheidend zu verbessern?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Wir haben im Rahmen des Doppelhaushaltes 2008/2009 trotz der restriktiven Randbedingungen die Investmittel für den Ausbau und die Sanierung der Fahrradwege deutlich aufgestockt. Das ist eine klare Antwort. Ich habe jetzt die Zahlen nicht genau präsent, aber ich meine, es wäre der Faktor zwei oder vielleicht noch mehr als der Faktor zwei, das bin ich aber gern bereit nachzuliefern.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Richter** (FDP): Der Faktor zwei hört sich zunächst einmal gut an, ist aber dann, wenn man den Zustand kennt, nicht so überwältigend. Welcher Zeitrahmen ist es, um einen einigermaßen erträglichen Zustand herzustellen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Das ist ein permanenter Prozess. Das ist nicht einmal fertig, sondern es ist ein ständiges Erneuern. Wir haben ja eine relativ hohe Fahrradquote hier in Bremen, wir haben einen Anteil des Fahrradverkehrs in der innerstädtischen Verkehrsabwicklung von 22 Prozent, sagen wir einmal, jeder fünfte Weg wird mit dem Fahrrad zurückgelegt oder wenn man auf die Distanzen schaut. Mein Ziel ist es, das deutlich zu erhöhen, und das setzt voraus, dass die Radwege in Schuss sind, dass sie besser sind.

Viele weitere Maßnahmen jedoch, wie Beschilderung, auch innovative Verkehrskonzepte, die ich dann zu gegebener Zeit präsentieren werde, wie Shared Space, also gemeinsame Nutzung von Flächen, gehören alle da hinein. Es ist nicht nur die Sanierung von Fahrradwegen, die aber auch und die im Besonderen, und deshalb habe ich diese Aufstockung auch vorgenommen. Wenn ich auf die Frage besser vorbereitet gewesen wäre, wie hoch genau die Beträge sind, hätte ich das mitgebracht, aber so nach meiner Erinnerung ist es durchaus eine erhebliche Verbesserung der Finanzausstattung, meines Wissens um den Faktor zwei, vielleicht sogar mehr. Aber ich prüfe das nach und werde Ihnen das persönlich zukommen lassen.

(Abg. Richter [FDP]: Vielen Dank!)

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage vom Kollegen Erlanson!

Abg. **Erlanson** (Die Linke): Herr Senator Dr. Loske, ich wollte Sie fragen, wir sind ja als Fraktion noch relativ neu hier, und wir haben eben gerade bei dieser Anfrage über Beispiele heftig diskutiert, wir fragen uns eigentlich, wo es hier in der Bürgerschaft entsprechende Fahrradplätze gibt. Werden das einmal mehr? Wird es dann den Abgeordneten möglich sein, gleich hinzufahren? Ich weiß es nicht!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Die Frage würde ich gern dem Repräsentanten des Parlaments weiterleiten, aber wenn ich mit dem Fahrrad herkomme, dann parke ich meist da, wo der Europa-Punkt ist, da bekommt man meist noch einen Parkplatz. Es könnte vielleicht auch hier besser werden, aber ich will mich nicht in die inneren Angelegenheiten des Souveräns einmischen.

(Abg. Erlanson [Die Linke]: Aha, dann müssten wir hierfür einen Antrag stellen!)

Aber das könnten wir vielleicht gemeinsam entwickeln.

(Abg. Erlanson [Die Linke]: Okay, danke sehr!)

Vizepräsident Ravens: Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor.

Die sechste Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema: „**Überprüfung der Notwendigkeit von Verkehrsschildern in den Bremer Stadtteilen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Focke, Pflugradt, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Herr Kollege Focke, bitte stellen Sie die Frage!

Abg. **Focke** (CDU): Zunächst einmal vielen Dank, dass man die Antwort auf diese Frage schon am Freitag in der Zeitung lesen konnte, also bevor der Fragesteller sie hier erfahren konnte. Aber ich werde sie offiziell noch einmal stellen. Wir fragen den Senat:

Erstens: Aus welchen Gründen wird das seit zwei Jahren bestehende Projekt zum Abbau nicht erforderlicher Verkehrszeichen, umgangssprachlich Verkehrsschilder, nicht mehr fortgesetzt?

Zweitens: Wie viele Schilder konnten in den zunächst von dem Projekt betroffenen Stadtteilen

Huchting und Oberneuland bereits abmontiert werden?

Drittens: Was gedenkt der Senat zu tun, um auch in den anderen Stadtteilen eine Lichtung des jeweiligen Schilderwaldes zu verwirklichen?

Vizepräsident Ravens: Auch diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: In einem Pilotprojekt zur Überprüfung der Notwendigkeit von Verkehrszeichen wurden im Jahr 2006 zunächst die Stadtteile Huchting und Oberneuland untersucht. Im Jahr 2007 folgten die Stadtteile Vegesack und Neustadt. Das Projekt zum Abbau nicht erforderlicher Verkehrszeichen ruht zurzeit, da die entsprechenden Haushaltsmittel nicht zur Verfügung stehen. Vorgesehen waren jetzt die Stadtteile Schwachhausen, Vahr und Horn-Lehe.

Zu Frage 2: Nach Überprüfung in den Stadtteilen konnten in Huchting 218 Verkehrszeichen, in Oberneuland 158 Verkehrszeichen, in der Neustadt 947 Verkehrszeichen und in Vegesack 596 Verkehrszeichen demontiert werden. Das entspricht bei einem Schilderbestand in diesen vier Gebieten von etwas mehr als 11 000 Schildern einer Quote von circa 18 Prozent.

Zu Frage 3: Die Kosten für den Abbau von überflüssigen Verkehrszeichen betragen für zwei bis drei Stadtteile circa 150 000 Euro im Jahr. Die Haushaltssituation hat auch im Amt für Straßen und Verkehr eine strikte Prioritätensetzung erforderlich gemacht, in deren Rahmen das Projekt für das Jahr 2008 zurückgestellt wurde. Inwieweit eine Fortsetzung des Projektes im Jahre 2009 möglich sein wird, wird zurzeit geprüft. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Focke** (CDU): Herr Senator, könnten Sie mir denn sagen, wie sich denn die Kosten zusammensetzen? Das ist ja horrend, 150 000 Euro für den Abbau von ein paar Schildern.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Das ist von meinem Vorgänger, Ihrem Parteifreund, bei einem Verkehrsplanungsbüro in Auftrag gegeben worden, das muss natürlich alles kartiert werden. Bremen hat in diesen Stadtteilen eine Kartierung vorgenommen,

das heißt, wir haben ein richtiges Kataster, wo man nachsehen kann, welche Schilder wo sind, und das ist eigentlich der Löwenanteil der Kosten. Das Abschrauben und demontieren selbst ist gar nicht der Aufwand, sondern es ist die Erfassung, die systematische Betrachtung, weil es ja auch Implikationen für den gesamten Verkehrsfluss hat, und dann die Demontage. Dem Abbau von Schildern muss eine Analyse und ein Beurteilungsprozess vorausgehen. Das ist der Löwenanteil der Kosten.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Focke** (CDU): Ist denn jetzt ganz Bremen kartiert, oder sind das jetzt nur diese fünf Stadtteile?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Bremen ist noch nicht ganz kartiert, das ist richtig. Es sind diese fünf Stadtteile, und ich hatte ja gesagt, was im Weiteren geplant war, wenn man auf 2008 schaut, 2009 steht ja noch vor uns, dass die Stadtteil Schwachhausen, Vahr und Horn-Lehe jetzt als nächstes an der Reihe wären.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Focke** (CDU): Aus der Antwort geht ja hervor, dass es mittlerweile mehr als 1000 Schilder sind, die in diesen Projektstadtteilen abgebaut werden konnten, das ist ja eine erhebliche Anzahl, und die Bürger ärgern sich natürlich immer darüber, dass es zu viele Schilder gibt und der Schilderwald teilweise zu verwirrenden Ergebnissen führt, die wir ja auch verkehrstechnisch gar nicht wollen. Ist denn vielleicht einmal überlegt worden, ob man das auch ressortübergreifend bezahlen kann? Es ja nicht nur Bauschilder, die da stehen, vieles hat ja auch mit Innenressort und Verkehr etwas zu tun.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ich schaue einmal hinüber auf die Bank der Kollegen, ich will jetzt ihre Körperreaktion nicht interpretieren, aber grundsätzlich will ich einmal sagen, dass wir das im Jahr 2008 nicht machen, weil das Geld nicht da ist, angesichts der Haushaltssituation, das heißt ja nicht, dass wir das gar nicht mehr machen. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass es weitergeht, weil es ein sinnvolles Projekt ist. Die ressortübergreifende Finanzierung des Ganzen habe ich bis jetzt noch nicht bis in die letzte Konsequenz durchdacht,

aber ich bin gern bereit, den Vorschlag aufzugreifen.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage von Herrn Kollegen Richter!

Abg. **Richter** (FDP): Mich hat eben wirklich irritiert, dass Sie sagten, es gibt kein Schilderkataster in Bremen.

(Senator Dr. Loske: Es gibt eines, habe ich doch gerade gesagt!)

Nein, Sie haben gesagt, das Schilderkataster ist nicht vollständig, oder ich habe Sie falsch verstanden. Aber meine Frage geht eigentlich dahin: Gibt es eine Berechnung, in welchem Zeitraum sich der Abbau unnötiger Schilder eigentlich amortisiert? Schilderkataster kostet Geld, Wartung kostet Geld, Reinigung kostet Geld, Erneuerung kostet Geld, gibt es irgendeine Gegenüberstellung dazu? Wenn das jetzt in den Pilotprojekten jeweils 150 000 Euro gekostet hat, muss es ja auch ein Amortisationsprogramm geben.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Der Begriff Amortisation assoziiert ja, dass ich exakte Investkosten hätte, exakte Betriebskosten, die vermiedenen Kosten durch Abbau und auch noch die volkswirtschaftlichen und verkehrswirtschaftlichen Gesamtkosten. Ich finde, es wäre eine schöne Aufgabe, wenn an einer Universität dazu einmal eine Doktorarbeit vergeben werden würde, in der Behörde liegen diese Daten so im Detail nicht vor. Aber die Amortisation würde ich auch nicht so sehr nur in monetären Effekten sehen, sondern vor allen Dingen in der Verbesserung der Übersichtlichkeit und der Reduzierung von möglichen Irritationen durch zu viele Schilder. Das sind eher die positiven Effekte, und die sind nicht so sehr in Geld zu wägen.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Richter** (FDP): Ich habe eine weitere Zusatzfrage. Darauf zielt ja genau meine Frage ab, weil das eigentlich im Vordergrund steht, und insofern klang das Kostenargument für mich eigentlich ein bisschen merkwürdig, was wir auch in der Zeitung lesen konnten. Aber meine weitere Zusatzfrage: Gibt es Aussagen darüber, ob sich durch den vollzogenen Abbau in den Pilotprojekten der Verkehrssicherheitsaspekt verbessert oder verschlechtert hat?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Darüber gibt es im Moment noch keine Erkenntnisse.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Richter** (FDP): Eine letzte bitte noch! Bezog sich die Überprüfung nur auf Verkehrsschilder oder auch auf möglicherweise überflüssige oder kostspielige Ampelanlagen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Senator Dr. Loske: Es bezog sich auf Verkehrsschilder.

Vizepräsident Ravens: Es gibt keine weiteren Zusatzfragen. Vielen Dank, Herr Senator Dr. Loske!

Die siebte Anfrage trägt den Titel „**Kriminalität in der ‚OslebsCity‘**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Kottisch, Tschöpe, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Kottisch, stellen Sie die Frage an den Senat!

Abg. **Kottisch** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: In welchem Ausmaß ist die „OslebsCity“ vor dem Bahnhof Oslebshausen, für die hohe öffentliche und private Investitionen getätigt wurden, seit ihrer Eröffnung von Kriminalität, insbesondere Einbrüchen, betroffen?

Zweitens: Mit welchen Konsequenzen und Maßnahmen beabsichtigt der Senat, die Aufwertung des Bahnhofsvorplatzes zu erhalten und zum Schutz der Geschäftsleute und der Anwohner im Stadtteil künftig gegen die Kriminalität vorzugehen?

Vizepräsident Ravens: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Bezogen auf die eng gefasste Örtlichkeit „OslebsCity“, welche sich in der Straße „Am Oslebshauser Bahnhof“ befindet, wurden seit der Eröffnung bis heute zwölf Einbruchstaten bei der Polizei Bremen erfasst. Fünf Taten davon werden zwei am 15. März 2008 gestellten Tatverdächtigen zugeordnet.

Zu Frage 2: Die Polizei hat unmittelbar nach den ersten Taten die Präsenz in der Region verstärkt und durch Kontaktaufnahme zu den Opfern und anderen dort ansässigen Geschäftsleuten Hilfestellungs- und Aufklärungsarbeit geleistet.

Seit der Ermittlung der beiden Tatverdächtigen hat sich die Kriminalitätsslage entspannt. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine Zusatzfrage?

Abg. **Kottisch** (SPD): Zunächst einmal danke ich für die gute Reaktion der Polizei und für das positive Ergebnis und wäre dann interessiert, ob ich richtigerweise davon ausgehen kann, dass der Senat und die Polizei auch in Zukunft die Lage im Griff behalten und dafür sorgen, dass dieses positive Ergebnis aufrechterhalten bleibt.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Diese Frage kann ich mit Ja beantworten. Ich glaube auch, dass die geografischen Gegebenheiten positiv sind, die Wache liegt im Bahnhof und damit also unmittelbar im Bereich der Geschäfte und der Wohnungen. Ich denke, wenn sich dieses Viertel weiterentwickelt, das heißt, wenn die Wohnungen auch alle vermietet sind, die Geschäfte alle belegt sind, werden wir einen verstärkten Verkehr haben, somit wird natürlich auch diese Kriminalität zurückgehen.

Vizepräsident Ravens: Vielen Dank, Herr Senator! Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor.

Die achte Anfrage steht unter dem Begriff „**Farge-Vegesacker-Eisenbahn**“. Diese Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Arnold-Cramer, Kasper, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte schön, Frau Kollegin Arnold-Cramer!

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Erfahrungen liegen sechs Monate nach Wiederinbetriebnahme der Farge-Vegesacker-Eisenbahn zum Beispiel hinsichtlich des Fahrgastaufkommens, der Kundenzufriedenheit, der Fahrplanabstimmung zwischen Bussen des VBN und der neuen SPNV-Verbindung vor?

Zweitens: Wie ist der Sachstand der angestrebten räumlichen Verlagerung des Busknotenpunktes „Ständer“ in Blumenthal zum Haltepunkt der Far-

ge-Vegesacker-Eisenbahn, und wann ist mit der Realisierung zu rechnen?

Drittens: Wann wird es möglich sein, ein Bahnticket online bis Bremen-Farge zu buchen?

Vizepräsident Ravens: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Frage wie folgt:

Zu Frage 1: Zunächst zum Betrieb! Der Betriebsstart auf der für den Personenverkehr reaktivierten Farge-Vegesacker Eisenbahn ist weitgehend reibungslos verlaufen. Kleinere anfängliche Störanfälligkeiten der Stellwerktechnik sowie an einzelnen Triebwagen sind rückläufig. Der Umstieg in Bremen-Vegesack zwischen der NordWestBahn GmbH und DB Regio AG ist zuverlässig, die Kommunikation zwischen der NordWestBahn GmbH und den DB-Gesellschaften im Verspätungsfall funktioniert gut. Über 97 Prozent der NordWestBahn-Züge verkehren pünktlich.

Zur Kundenzufriedenheit! Eine erste Befragung der Fahrgäste auf der Strecke zwischen Bremen-Farge und Bremen-Vegesack durch einen unabhängigen Gutachter ist sehr positiv ausgefallen. Die NordWestBahn GmbH erreicht bei einer Benotungsskala von eins bis fünf die Note 1,35. Die Kunden wurden zu Pünktlichkeit, Sauberkeit, Fahrkomfort und Service befragt.

Bezüglich der Fahrgastzahlen ist folgendes festzuhalten: Die NordWestBahn GmbH hat im April 2008 die Fahrgastzahlen auf der Strecke Bremen-Farge - Bremen-Vegesack erhoben. Die Daten werden derzeit ausgewertet und auf Plausibilität geprüft.

Fahrplanabstimmung! Es sollen zunächst Erfahrungen bezüglich der Kundenwirkungen des neuen SPNV-Angebotes gesammelt werden, bevor Änderungen am Busangebot vorgenommen werden. Kleinere Anpassungen sind zum Fahrplanwechsel im Dezember 2008 denkbar, eine generelle Prüfung der Auswirkungen auf die Nachfrage im Busnetz ist erst mit Wirkung zum Dezember 2009 möglich.

Zu Frage 2: Die Maßnahme ist in der am 8. April 2005 verabschiedeten Programmplanung ÖPNV/SPNV als „weitere Maßnahme“ nach 2014 enthalten. Die Kosten liegen nach einer Machbarkeitsstudie aus dem Jahre 2005 bei rund 2,75 Millionen Euro. Eine genauere zeitliche Fixierung der Maßnahme hat vor dem Hintergrund des Umsetzungszeitraums noch nicht statt gefunden.

Zu Frage 3: Fahrten von und nach Bremen-Farge, die außerhalb des VBN beginnen oder enden, werden tariflich im sogenannten TBNE abgebildet. TBNE ist die Abkürzung für Tarifverband der bundeseigenen und nichtbundeseigenen Eisenbahnen in Deutschland. Es ist schon jetzt möglich, ein Bahnticket online bis Bremen-Farge zu buchen. Es ist dabei jedoch ausschließlich die Zustellung des Tickets per Post vorgesehen. Darüber hinaus haben Kunden die Möglichkeit, bei allen DB-Agenturen entsprechende Fahrkarten zu erwerben. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD): Herr Senator, es steht natürlich eins zu null für Sie, wenn Sie sagen: Das Online-Ticket ist möglich. Aber wer ein Online-Ticket haben möchte, drückt sich das auch gleich aus und lässt sich das nicht per Post zuschicken, das kenne ich eigentlich nicht so. Deswegen wäre es ganz schön, wenn das auch möglich wäre, denn sich extra dort noch einmal ein Ticket zu ziehen, ist erstens teurer und zweitens umständlicher.

Aber ich habe noch einmal eine andere Frage an Sie, Herr Senator: Es gibt in einzelnen Teilbereichen noch Anschlussprobleme zwischen den Bussen und den Zügen. Ich habe Verständnis dafür, wenn Sie sagen, nach einer gewissen Beobachtungsphase - also nicht jetzt sofort - werden Bus- und Bahnverkehre aufeinander abgestimmt. Aber wie kann es denn angehen, dass zum Beispiel am Bahnhof Farge der Bus abfährt, wenn der Zug kommt? Hier gibt es auch schon ganz sichtbare Abstimmungsprobleme, die meines Erachtens sofort behoben werden könnten.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Grundsätzlich finde ich natürlich eine Kundenzufriedenheit von 97 Prozent sensationell hoch, das stelle ich erst einmal fest.

(Abg. Frau Arnold-Cramer [SPD]: Ja, sicher!)

Insofern bin ich damit sehr zufrieden. Was dort jetzt läuft, ob es dort genau an dem Punkt so ist, wie Sie sagen, dass der Bus dann abfährt, wenn der Zug kommt, kann ich so aus dem Stand nicht beantworten. Aber grundsätzlich kann man Optimierungspotenziale natürlich auch kurzfristig nutzen, und wenn Sie den Fall konkret gegenüber dem Betreiber beschreiben, dann könnte ich mir vorstellen, dass er auch darauf reagiert, das wäre jedenfalls grundsätzlich möglich. Aber den konkreten Fall, wie Sie ihn jetzt gerade beschrieben haben, den kann ich nicht beurteilen. Aber ich

würde ihn dann monieren und zur Sprache bringen.

Vizepräsident Ravens: Frau Kollegin, besteht der Wunsch nach einer weiteren Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD): Herr Senator, das ist nicht der Betreiber NordWestBahn, das ist die BSAG, die hier ein bisschen voreilig abfährt. Die NordWestBahn ist in der Tat eine ganz prima Angelegenheit. Ich glaube, ich bin die Einzige im Haus, die täglich damit fährt. Vor allen Dingen bei diesem Wetter sind die klimatisierten Züge schon eine Wohltat. Ich freue mich auch sehr, dass sie so angenommen werden, und ich hoffe auch, dass das Angebot noch weiter ausgebaut wird. - Danke!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ja, das teilen wir!

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage vom Abgeordneten Kasper! - Bitte sehr!

Abg. **Kasper** (SPD): Herr Senator, Sie haben auf Frage 2 geantwortet, dass eine weitere Maßnahme erst nach dem Jahr 2014 in der Programmplanung enthalten ist. Meine Frage ist: Aufgrund der Tatsache, dass eine so hervorragende Benotung von den Reisenden stattgefunden hat, ist es dann nicht noch Ansporn für den Senat, dieses noch weiter voranzubringen, noch weiter zu verbessern, indem man nämlich den Verknüpfungspunkt Blumenthal früher in die Arbeit nimmt und noch leichter diese Verknüpfung herstellt, so dass die Leute nicht mehr über eine stark befahrene Straße wechseln müssen, sondern dass man die Attraktivität noch steigert? 2014 erscheint mir ein wenig spät, wenn wir 2011 - wenn alles in unserem Sinne verläuft - die Regio-S-Bahn schon komplett haben. Wäre es nicht ratsam, noch einmal darüber nachzudenken, das vorzuziehen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Das würde ich in den politischen Gremien auch einmal gern mit Ihnen gemeinsam beraten. Grundsätzlich ist das natürlich eine Zeitachse, die auch jetzt schon sehr ambitioniert ist, würde ich sagen. Die hohe Kundenzufriedenheit, über die wir uns alle so sehr freuen, hat natürlich auch damit zu tun, dass dort jetzt alles neu ist, neue Fahrzeuge und so weiter. Eine gewisse Beobachtung brauchen wir schon, damit wir ein komplettes Gesamtbild haben, aber prinzipiell eint uns das Ziel, dass wir den S-Bahn-Verkehr oder den schienengebundenen Personennahverkehr hier in Bremen und Umgebung

ausbauen wollen. Ich bin auf jeden Fall zu Gesprächen bereit, und ich denke, dass wir in den politischen Gremien dann einmal gemeinsam diskutieren sollten, ob die Zeitachse nicht noch ambitionierter gestaltet werden kann.

Vizepräsident Ravens: Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor. Vielen Dank für die Beantwortung, Herr Senator!

Die neunte Anfrage trägt die Überschrift „**Teilnahme von Behördenmitarbeitern und -mitarbeiterinnen an öffentlichen Veranstaltungen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Rupp, Frau Troedel und Fraktion Die Linke.

Herr Kollege Rupp, bitte stellen Sie die Fragen!

Abg. **Rupp** (Die Linke): Wir fragen den Senat:

Erstens: Nach welchen Kriterien entscheiden Behörden - und andere Organisationen nach Paragraph 1 Absatz 1 BremIFG - der Stadtgemeinde Bremen über Anfragen zur Teilnahme von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Referentinnen und Referenten bei öffentlichen Bildungs-, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen?

Zweitens: Wer genau trifft solche Entscheidungen?

Drittens: Wie oft und mit welcher Begründung wurden in der vergangenen Legislaturperiode entsprechende Anfragen nach Teilnahme, die durch Bürgerschaftsfraktionen an Behörden - und andere Organisationen nach Paragraph 1 Absatz 1 BremIFG - gerichtet wurden, abgelehnt?

Vizepräsident Ravens: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat gewährt auch bei öffentlichen Bildungs-, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen die umfassende Information der Bürgerinnen und Bürger. Da kein festgelegter Kriterienkatalog für die Entscheidung über Anfragen zum Auftritt von Angehörigen der bremischen Verwaltung als Referentinnen und Referenten bei öffentlichen Veranstaltungen existiert, wird jeweils im Einzelfall entschieden. Dabei wird geprüft, ob ein berechtigtes Interesse der Öffentlichkeit an einer Information im vorgeschlagenen Rahmen vorliegt, dienstliche Interessen der öffentlichen Darstellung des Themas nicht entgegenstehen, keine politischen Meinungen vertreten werden sollen, son-

dem nur über fachliche Erkenntnisse informiert werden soll und die Meinungsbildung über das angefragte Thema in der Dienststelle oder im Ressort abgeschlossen ist. Die Auswahl der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters wird jeweils nach fachlicher Qualifikation und sachlich-funktionaler Zuständigkeit vorgenommen.

Zu Frage 2: Die Anfragen werden einzelfallbezogen und sachgerecht von den Vorgesetzten, je nach Veranstaltungscharakter unter Beteiligung der Behörden- oder Ressortleitung, entschieden.

Zu Frage 3: Eine anlässlich der Anfrage durchgeführte Ressortabfrage hat ergeben, dass es in der letzten Legislaturperiode keine Ablehnung von Anfragen gegeben hat. In der laufenden Legislaturperiode wurde einem Mitarbeiter eines Amtes untersagt, auf einer politischen Veranstaltung einer Fraktion ein Impulsreferat zu halten, mit dem die politische Diskussion zu einem der Themen der Veranstaltung richtungweisend eingeleitet und bestimmt werden sollte. Grundsätzlich bestehen keine Bedenken, wenn zur Einführung einer Diskussion eine fachliche Einführung gegeben wird. Ein politisches Impulsreferat war durch die in der Antwort zu Frage 1 genannten Kriterien nicht gedeckt. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Besteht der Wunsch einer Zusatzfrage, Herr Kollege? - Bitte sehr!

Abg. **Rupp** (Die Linke): An welcher Stelle kann man sich über den Unterschied zwischen einem Impuls- und einem Fachreferat informieren, so dass man eine solche Anfrage als Fraktion sachgerecht einreichen kann?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Das kann man, glaube ich, an überhaupt keiner Stelle. Ich finde, wir machen uns einmal auf den Weg und reden über Staatsverständnis, Gewaltenteilung, die Frage der Verantwortung des Senats für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um diese Dinge geht es dabei. Sie haben in Ihrer Anfrage auch nach dem Informationsfreiheitsgesetz gefragt, darauf will ich auch noch einmal hinweisen: Das Informationsfreiheitsgesetz ist nicht einschlägig an diesem Punkt, sondern ich würde Ihnen raten, schauen Sie in Artikel 79 unserer Landesverfassung, dort ist eine Informationspflicht des Senats gegenüber den Fraktionen festgelegt. In Bremen gibt es eine Praxis, die auch von dieser Regierung offensiv fortgeführt wird, dass wir Artikel 79 ganz offensiv auslegen und immer, wenn Fraktionen Informationen von Behördenmitarbeitern brauchen, dann einigen wir uns darauf, wer dorthin gehen kann.

In der letzten Legislaturperiode hat das immer im Konsens funktioniert, ich kann mich an die Zeit erinnern, wo wir als Grüne sehr oft Hilfe aus dem Finanzressort erbeten haben bei der Verständigung oder bei Fragen, die wir zum Haushalt hatten zum Beispiel. Wenn Ihre Fraktion den Wunsch hat, dass jemand, auch noch einmal auf mein Ressort bezogen, kommen soll und den Stand der Verhandlungen bei der Föderalismusreform II erklären soll, das stellen wir selbstverständlich sicher.

Aber das Schreiben, das an den Senat gegangen ist, mit dem Die Linke um eine Teilnahme eines Behördenmitarbeiters bittet, das ist uns als so weitgehend erschienen, dass die Trennung zwischen politischer Verantwortung des Senats und - ich sage einmal - reiner Informationspflicht einer Mitarbeiterin und eines Mitarbeiters, die ja wegen des Demokratieprinzips als politische Meinungsäußerung nur über den Senat erfolgen darf, dort ist es uns bei der Abwägung der Rechte der Beteiligten so erschienen, dass wir diesem Wunsch nicht Rechnung tragen wollten.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall. Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin!

Die zehnte Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Parkplatz am Unisee**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Winther, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte schön, Frau Kollegin Winther!

Abg. Frau **Winther** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Beabsichtigt der Senat, das Parken auf dem Parkplatz am Unisee in der Zukunft kostenpflichtig zu machen?

Zweitens: Welche Gründe liegen der Planung zugrunde, und wie genau soll die Gebührenpflicht ausgestaltet werden?

Drittens: Welche politischen Gremien und Interessengruppen sind an der Planung bisher beteiligt worden, und welche sollen noch beteiligt werden?

Vizepräsident Ravens: Beantwortet wird diese Anfrage von Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1 und Frage 2: Am Stadtwaldsee befinden sich drei Parkplätze. Die Parkplätze wurden

beim Bau des Stadtwaldsees 1970 angelegt. Die Parkplätze sind mit einer wassergebundenen Decke und teilweise mit gepflasterten Fahrspuren ausgestattet. Die Parkplätze inklusive der Zuwegungen sind in einem nicht verkehrssicheren Zustand. Die wassergebundene Oberfläche ist durch große Schlaglöcher beschädigt. Die Pflasterflächen sind teilweise versackt beziehungsweise verschoben. Im Frühjahr 2006 wurden circa 10 200 Euro für Pflegearbeiten auf den Parkplätzen ausgegeben. Dabei handelte es sich aber nur um „Oberflächenkosmetik“. Durch das ständige Befahren entstanden schnell wieder Schlaglöcher.

Der Ausschuss Umweltschutz und Verkehr des Beirats Horn-Lehe hat in seiner Sitzung am 21. Mai 2007 das Sportamt aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Schäden auf den Parkplätzen am Stadtwaldsee umgehend beseitigt werden, damit ein gefahrloses Befahren für die anstehende Badesaison sichergestellt ist. Im Sporthaushalt stehen keine Sanierungsmittel im benötigten Umfang für die Badeseen zur Verfügung. Das Sportamt hat deshalb der BREPARK im April 2007 angeboten, die drei Parkplätze in die Parkraumbewirtschaftung zu übernehmen. Die BREPARK müsste die Parkplätze in einen verkehrssicheren Zustand bringen und erhalten. Zur Refinanzierung der Investitionskosten ist die Erhebung eines Parkentgeltes von zwei Euro je Parkvorgang beabsichtigt.

Zu Frage 3: Am 4. Februar und am 17. April dieses Jahres wurde der Sachverhalt dem Beirat Horn-Lehe, Ausschuss Bau und Verkehr, vorgestellt. Das Konzept sieht vor: Sanierung und Erhaltung der wassergebundenen Decke der Parkplätze, Installierung von zuverlässiger Parktechnik mit Parkscheinautomat und Schranke, Investitionskosten von circa 250 000 Euro, daher Erhebung eines Parkentgeltes von zwei Euro je Parkvorgang zur Refinanzierung.

Der Ausschuss hat das Konzept mit großer Mehrheit gebilligt und der Verpachtung der Parkplätze an die BREPARK zugestimmt. Am 21. Mai 2008 hat die Deputation für Sport das Konzept zur Kenntnis genommen. Der Beirat Horn-Lehe hat am 29. Mai 2008 mehrheitlich dem Konzept zugestimmt. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Winther** (CDU): Ich frage mich, wie man eine solche Entscheidung einigermaßen verträglich auf den Weg bringt und welche Gremien eingeschaltet werden müssen. Es geht immerhin um die Frage, ob man eine Grundsanierung für 120 000 Euro vornimmt oder eine für 250 000 mit

Schranke oder mit Parkautomaten. Ich frage mich, welche Interessensverbände hätten eingeschaltet werden sollen oder welche man noch einschalten kann. Es sind ja nicht nur die Hundebesitzer, die dieses Uniseegelände nutzen, sondern es sind die Menschen, die morgens laufen und dort joggen, die auch immerhin zu sportlichen Zwecken dieses Gebiet nutzen. Daher meine Frage: Ist dieser Punkt ein Tagesordnungspunkt auf der Sitzung der Sportdeputation gewesen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ja, ich habe das beantwortet. Am 21. Mai 2008 hat die Deputation für Sport das Konzept zur Kenntnis genommen. Damit ist die Sache abgeschlossen gewesen. Ich muss sagen, ich bin etwas ein Laie in kommunalpolitischen Dingen. Ich dachte eigentlich, wenn wir in die Ausschüsse gehen, in den Beirat, in die Unterausschüsse, das Ganze in der Deputation behandeln und dann auch noch in der Bürgerschaft diskutieren, das müsste eigentlich reichen, aber vielleicht übersteigt das meine Phantasie.

Vizepräsident Ravens: Möchten Sie eine weitere Zusatzfrage stellen, Frau Kollegin? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Winther** (CDU): Der Beirat kann zwar dieses Konzept zur Kenntnis nehmen und sich auch für das eine oder andere aussprechen, aber Entscheidungskompetenz hat er nicht. Deswegen noch einmal die Frage: Gab es eine Vorlage für die Sportdeputation?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Natürlich gab es eine Vorlage. Dieses Thema wird seit dem Jahr 2007 diskutiert, seitdem ist dieser Auftrag jedenfalls in der Welt. Zur Frage, Frau Abgeordnete, welche Alternativen es gibt es: Ich habe einen Sporthaushalt übernommen, in dem keinerlei Mittel mehr vorhanden sind, um solche Maßnahmen zu projektieren. Ich glaube auch, selbst wenn das Geld im Haushalt vorhanden wäre, würde ich niemals die Zustimmung in der Sportdeputation dafür bekommen, dass wir dafür 400 000 oder 500 000 Euro ausgegeben werden.

(Abg. Frau Winther [CDU]: 120 000 Euro!)

Das ist völlig neben der Sache, würde ich sagen!

(Beifall bei der SPD)

Deswegen finde ich es auch eine ganz vernünftige Sache, hier Nägel mit Köpfen zu machen, nicht jedes Jahr ein paar Tonnen Sand dort aufzuschütten, und im Herbst ist das wieder alles vorüber,

sondern das Ganze einmal vernünftig zu organisieren. Die BREPARK übernimmt das, sie baut die Sache an, sie refinanziert ihre Kosten, und damit haben wir eine langfristige und vernünftige Regelung. Schauen Sie einmal zur Universität, auch dort gibt es ein vernünftiges Parksystem, und auch Studenten können das bezahlen! Deswegen glaube ich auch, dass diejenigen, die zum Unisee fahren, diese Möglichkeit haben.

Vizepräsident Ravens: Es gibt eine weitere Zusatzfrage vom Kollegen Strohmann. - Bitte sehr!

Abg. **Strohmann** (CDU): Einmal unabhängig davon, was Sie jetzt inhaltlich sagten, Herr Senator Mäurer, möchte ich einmal der Form halber, weil ich damit nicht einverstanden bin, fragen: Ich war selbst anwesend auf dieser Sitzung der Sportdeputation. Stimmt es, dass es kein Tagesordnungspunkt war, dass es nicht vorgetragen wurde vonseiten der Verwaltung beziehungsweise des Ressorts, sondern dass erst auf meine Nachfrage unter dem Punkt Verschiedenes der Sportamtsleiter einen kurzen Bericht gegeben hat, wo aber nicht das Konzept dargelegt wurde, sondern er nur sagte, dass das so geplant ist? Ist es so korrekt, wie ich das ausgeführt habe?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Das schließe ich nicht aus, nur bitte ich zu berücksichtigen, die Deputation hat am 21. Mai getagt. Meines Erachtens war ich damals noch nicht im Amt.

(Abg. Strohmann [CDU]: Am 21. Mai? Das war doch vorletzte Woche!)

Nein, ich meine die Befassung! Das ist ein Vorgang aus dem Jahr 2007, seitdem sind eineinhalb Jahre ins Land gegangen, in denen man versucht, dieses Problem zu lösen. Von daher kann ich nicht nachvollziehen, welche Diskussionen es in der Vergangenheit gegeben hat, aber ich glaube, aufgrund dieses Vorlaufs hat es mit Sicherheit eine mehrmalige Befassung gegeben. Jedenfalls habe ich in der Deputation überhaupt keinen Widerstand erlebt, Sie waren doch auch dabei gewesen, wenn ich mich richtig erinnere.

(Abg. Strohmann [CDU]: Ja, am 21. Mai 2007, wenn der Termin so stimmt, genauso wie am 21. Mai 2008! Da saß ich auch dabei! Das prüfe ich dann aber noch einmal!)

Da saßen Sie neben mir!

Vizepräsident Ravens: Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor. Vielen Dank, Herr Senator!

Die elfte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde verlangt vom Senat Auskunft über die „**Öffentlichen Toiletten**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Richter, Woltemath und Fraktion der FDP.

Bitte schön, Herr Kollege Richter!

Abg. **Richter** (FDP): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele öffentliche Toiletten gibt es in der Bremer Innenstadt, und wie viele davon sind barrierefrei?

Zweitens: Gibt es einen Plan in Bremer Stadtführern oder Ähnliches, um Besuchern der Bremer Innenstadt den Weg zu öffentlichen Toiletten zu weisen?

Vizepräsident Ravens: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: In der Bremer Innenstadt befinden sich insgesamt zehn öffentliche Toiletten. Hiervon sind zwei Toiletten barrierefrei.

Zu Frage 2: Unter der Internetadresse www.bremen.de, Tourismus und Übernachten, Öffentliche Toiletten in der Bremer City ist ein Stadtplan mit der Angabe der Standorte und eine Liste der öffentlichen Toiletten zu finden. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Eine Zusatzfrage, Herr Richter? - Bitte sehr!

Abg. **Richter** (FDP): Ist dem Senat bekannt, wie viele Hinweisschilder auf öffentliche Toiletten es im Bereich der „guten Stube“ Bremens, also rund um den Marktplatz, gibt? Halten Sie die Beschilderung für ausreichend?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Das habe ich bislang noch nicht im Feldversuch genau untersucht, deswegen kann ich keine richtige Auskunft dazu geben. Aber ich entnehme Ihrer Frage, dass Sie die Beschilderung nicht für ausreichend halten, oder?

(Abg. Richter [FDP]: So ist es, ich habe nämlich kein Schild gefunden!)

Dann muss man einmal mit den zuständigen Personen darüber reden, ob man dort vielleicht Beschilderungen anbringt. Wir haben eben über Ab-

bau von Schildern gesprochen, vielleicht muss man dort das eine oder andere dann noch dazu aufstellen.

(Abg. Richter [FDP]: Es sind keine Verkehrsschilder!)

Ich bin bereit, das als Anregung entgegenzunehmen, obwohl ich nicht zuständig bin, aber dafür kann man werben. Ich glaube, das ist ein vernünftiger Vorschlag.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Richter** (FDP): Was hält der Senat von der Lösung „nette Toilette“, wo gastronomische Betriebe auch Nichtkunden die Nutzung ihrer WC gestatten und dafür eine Aufwandsentschädigung erhalten?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Wenn jemand irgendwo eine Toilette benutzen möchte, dort aber gar kein Gast ist, was ich davon halte? Wenn ich jetzt einen gastronomischen Betrieb hätte, würde ich sagen, ich lasse das zu. Aber wenn es zum Regelfall würde, dass alle möglichen Leute ständig meine Toilette benutzen, würde ich wahrscheinlich irgendwann sauer und ein Schild schreiben: „Nur gegen Gebühr, wenn Sie hier nichts trinken!“ Aber ich weiß nicht, ob das in unseren Regelungsbe- reich fällt.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Richter? - Bitte sehr!

Abg. **Richter** (FDP): Das war nicht die richtige Antwort. Die Fragestellung war die, es gibt in anderen Kommunen öffentliche Zuschüsse für gastronomische Betriebe, dass sie auch Nichtkunden gestatten, in der Gaststätte das WC zu benutzen, und damit generieren sie natürlich neue Kunden. Das war meine Frage! Dann habe ich noch eine weitere Frage: Wenn das vielleicht einmal untersucht wird vom Senat, wäre es schön, wenn es denn ein einheitliches Schild dafür gäbe, dass diese Möglichkeit dort besteht. Die Frage, die ich dazu noch stelle, ist dann, ob es ein solches Schild „nette Toilette“ möglicherweise auch bald am Haus der Bürgerschaft gibt?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ich würde sagen, wir prüfen das einmal, ob wir dafür zusätzliche Schilder brauchen. Ich weiß nicht, so richtig überzeugend finde ich das nicht. Ich weiß auch gar nicht, ob wir die Nutzungsmöglichkeiten privater Toiletten für

öffentlichen Zugang fördern. Das kann ich wirklich aus dem Stand nicht beantworten, dafür müssen Sie dann auch schriftlich die Frage stellen, denn da erwischen Sie mich wirklich auf dem falschen Fuß. Das finde ich auch nicht so ganz fair, dass Sie mich zu solchen Details fragen. Da bin ich wirklich kein Experte, Sie müssten konkret fragen, dann bekommen Sie eine konkrete Antwort von meinen Fachleuten oder von den Fachleuten anderer Behörden.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. **Richter** (FDP): Den Vorschlag habe ich am 1. Juni 2008 dem „Weser-Report“ entnommen. Ich fand die Idee ganz charmant. Ich stelle gern eine schriftliche Frage, damit dann auch einmal untersucht wird, ob das nicht die günstigere Lösung ist. - Danke!

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage von dem Kollegen Frehe! - Bitte!

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator Dr. Loske, ist Ihnen bekannt, dass wir auch heute in der Stadtbürgerschaftssitzung einen Antrag für einen Hotel- und Stadtführer über barrierefreie Einrichtungen haben, in dem auch die Toiletten dort dann verzeichnet sein werden?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Es ist mir nicht bekannt gewesen, ich will hier auch nicht lügen. Aber wenn es so ist, ist es gut!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Herr Frehe!

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Halten Sie es nicht für besser, dass in einem solchem Stadtführer dann die barrierefreien Toiletten verzeichnet sind, anstatt Bremen mit Schildern voll zu stellen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ich teile das voll und ganz, was Sie sagen, Herr Frehe, absolut!

Vizepräsident Ravens: Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor. - Vielen Dank, Herr Senator!

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt eins der Tagesordnung erledigt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Städtepartnerschaften im Netzwerk der internationalen Beziehungen

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/
Die Grünen und der SPD
vom 19. März 2008
(Drucksache 17/139 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 27. Mai 2008 (Drucksache 17/179 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Böhrnsen.

Ich gehe davon aus, Herr Bürgermeister Böhrnsen, dass Sie die Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD nicht mündlich wiederholen möchten.

Ich frage, ob in eine Aussprache eingetreten werden soll. - Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Ich rufe als erste Rednerin die Abgeordnete Frau Dr. Mathes auf.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hintergrund und Veranlassung der von Rot-Grün gestellten Großen Anfrage ist, Möglichkeiten zu einer Verbesserung der Ausgestaltung der Städtepartnerschaften aufzuzeigen. Dazu gehört die stärkere Einbindung der städtepartnerschaftlichen Beziehungen in internationale Netzwerke. Das zu können, setzt es natürlich erst einmal einen Überblick über die Entwicklung und die Aktivitäten im Rahmen der Netzwerke und Städtepartnerschaften voraus. Hier ist in der Mitteilung des Senats die Sachdarstellung aus Sicht der Grünen sehr gut gelungen, und ich möchte an dieser Stelle dem Senat und vor allen Dingen der Senatskanzlei für die ausführliche Beantwortung danken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, bereits im Jahr 1976 wurden die Beziehungen zu Haifa in Israel und Danzig in Polen aufgenommen. Später folgten die Städtepartnerschaften zu Bratislava in der Slowakei, Riga in Lettland, Dalian in China und Izmir in der Türkei. Bremens Partnerschaften entstanden

zunächst aus dem Wunsch nach Versöhnung und Verständigung aufgrund der Grauen des Zweiten Weltkriegs. Insbesondere die Städtepartnerschaften mit Haifa, Danzig und Riga sind motiviert aus der Verantwortung Deutschlands für das Leid, das mit dem Krieg anderen Völkern und besonders den Juden angetan wurde.

Meine Damen und Herren, mit der historischen Entwicklung hat sich die Situation heute sehr zum Positiven geändert. Mit der Zugehörigkeit von Polen und Lettland zur Europäischen Union besteht jetzt institutionell eine enge Beziehung der europäischen Städte untereinander und mithin auch zwischen den Städten Bremen, Riga und Danzig. Für diese bietet sich in Anlehnung an die EU-Strategie des Senats eine Entwicklung gemeinsamer Aktivitäten unter anderem auch im Rahmen des EFRE-Programms 2007 bis 2013 an.

Die Nutzung dieser neuen Möglichkeiten ist nicht nur sinnvoll, sondern erforderlich, da aufgrund der extremen Haushaltssituation Bremens nur geringe finanzielle Mittel für die Weiterentwicklung der partnerschaftlichen Beziehung zur Verfügung stehen. Wir Grünen schlagen daher vor, dass die Ressorts bei der Einwerbung europäischer Mittel ein besonderes Augenmerk darauf haben, ob die Bremer Partnerstädte Danzig und Riga als Kooperationspartnerinnen einbezogen werden können. Die drittmittelunabhängigen, geringen Bremer Haushaltsmittel sollten vorrangig genutzt werden, um die Beziehung zu Haifa und Izmir weiter mit Leben zu füllen.

Meine Damen und Herren, während nämlich früher zentrale Haushaltsmittel in nennenswerter Höhe zur Ausgestaltung der Städtepartnerschaften vorhanden waren, ist die Zusammenarbeit Bremens mit seinen Partnerstädten heute so strukturiert, dass die Ressorts im Rahmen ihrer Fachzuständigkeit und ihrer Ressortschwerpunkte für die Planung, Durchführung und Finanzierung ihrer Aktivitäten eigenständig zuständig sind. Die einzelnen Ressorts haben die Fachverantwortung, Kontakte aufzubauen, zu pflegen und zu finanzieren. Der Aufbau von Sponsorenstrukturen in Bremen und in den Partnerstädten wie auch die zukünftige Akquisition von europäischen Mitteln für gemeinsame Netzwerke und gemeinsame internationale Vorhaben wird zunehmend auch vor dem Hintergrund der geringen Haushaltsmittel an Bedeutung gewinnen. Daher sollte die Einwerbung europäischer Fördermittel unter Einbeziehung der Partnerstädte von den Ressorts besser als bisher genutzt werden.

Die Senatskanzlei hat also aktuell im Wesentlichen koordinierende Funktion. Dabei konzentriert sie sich bei der Ausgestaltung der Städtepartner-

schaften auf ein bis zwei Themenschwerpunkte jährlich. Für diese Schwerpunkte bringen diese Städte je eigene Anlässe mit teilweise überregional herausgehobener Bedeutung in die Jahresplanung ein, und zwar möglichst durch aktive Beteiligung mittels Projekten, die über bloße Delegationsbesuche hinausgehen.

Die Bremische Bürgerschaft kooperiert auf dem Gebiet der Städtepartnerschaften eng mit dem Senat, insbesondere mit der Senatskanzlei. Dabei gilt das Interesse der Bürgerschaft als Legislative vor allen Dingen natürlich dem Austausch im parlamentarischen Bereich. Das Haus der Bürgerschaft ist Veranstaltungszentrum für den internationalen Dialog, vergibt das Bremer Kunststipendium und fördert Jugendbegegnungen.

Delegationsreisen sind ein wesentlicher Bestandteil der Ausgestaltung der städtepartnerschaftlichen Beziehung. Um deren Möglichkeiten als Initialzündung und Türöffner für Projekte noch effektiver nutzen zu können, schlagen wir Grünen hier eine engere Verzahnung von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Bildungseinrichtungen vor.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenngleich sowohl die Senatskanzlei als auch die Bürgerschaft bestrebt sind, über Delegationsreisen hinaus Projekte zu initiieren und zu gestalten, so kann das häufig aufgrund der engen finanziellen Spielräume jedoch nur gelingen, wenn die Ressorts aktiv an der Ausgestaltung der Städtepartnerschaften mitwirken. Daher erwarten wir Grünen, dass die für die internationalen Beziehungen zuständigen Fachressorts verantwortlich mit der Senatskanzlei und der Bürgerschaft kooperieren.

Die vereinbarte Stärkung der koordinierenden Funktion der Senatskanzlei in Bezug auf Bremens städtepartnerschaftlichen Beziehung kann nur gelingen, wenn die Ressorts hier ihre Aufgaben wahrnehmen. Wir brauchen mehr Transparenz über die Aktivitäten Bremens, deren Inhalte und die eingesetzten Mittel.

Ich sehe, es ist ein schwieriges Thema. Ich möchte das jetzt so zusammenfassen: Der Wandel der Zeit, wie dargelegt, eben die europäische Erweiterung und europäische Integration, wenig Bremer Eigenmittel und dezentrale Ressortzuständigkeiten, macht es erforderlich, neue Wege stärker auszubauen. Ziel der rot-grünen Koalition ist es, die Städtepartnerschaften nicht nur am Leben zu erhalten, sondern sie zu leben. Bremen als weltoffene und tolerante Stadt muss weiterhin seinen Beitrag für Völkerverständigung, Frieden und

Nachhaltigkeit in unserer einen Welt leisten. -
Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der SPD und bei der Linken)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Hiller.

Abg. Frau **Hiller** (SPD): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich möchte nicht all das wiederholen, was die Kollegin Mathes eben schon gesagt hat - wir begrüßen das alles, was in dem Beitrag schon erwähnt worden ist -, sondern möchte noch einmal ein paar andere Aspekte erwähnen.

1951 haben 50 Bürgermeister deutscher und französischer Städte den Rat der Gemeinden, heute erweitert zum Rat der Regionen Europas, des Europarats, gegründet. Letzte Woche war ich als gewähltes Mitglied dieses Hauses anwesend an der dreitägigen Sitzung. Es gibt in dem Europarat 47 Mitgliedsstaaten, das heißt auch, dass es einen wesentlichen größeren Raum betrifft als die Europäische Union und der AdR, in dem wir aus unserer Mitte auch Delegierte haben.

In diesem internationalen Gremium ist die kulturelle Unterschiedlichkeit und das gemeinsame Interesse spürbar. Eine Offenheit und Neugierde der Regionen, über kommunale Fragen, aber auch über kulturelle, wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten zu sprechen, ist bemerkenswert. Dieser KGRE, dieser Rat, hat sich bei der Gründung vor 57 Jahren zur Aufgabe gemacht, die Aussöhnung zwischen den Völkern Europas und die kommunale Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinweg zu fördern. Damit wurde eine internationale Grundlage zum Aufbau von Städtepartnerschaften gegeben.

Ich möchte jetzt auf zwei wichtige Aspekte im Bereich der Städtepartnerschaften noch kurz eingehen. Wie eben schon erwähnt, hat Bremen eine lange Tradition von Partnerschaften, zurzeit besonders mit Haifa und Izmir. Städtepartnerschaften sind verlässliche und gute internationale Beziehungen, die zu einer Stadt gehören, sie aber auch positiv prägen und weiterentwickeln. Darüber hinaus pflegen wir intensive Freundschaften zu weiteren Städten: Städtepartnerschaften der Zukunft, Städtenetzwerke, Städtekooperation zu Pune, Durban und Windhuk, und es gibt sieben Freundschaftsvereine, die eine sehr engagierte Arbeit in dieser Stadt betreiben. Diese Arbeit ist für den internationalen Stellenwert der Freien

Hansestadt Bremen wichtig und muss zukünftig weiterentwickelt werden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Neben den politischen und wirtschaftlichen Kontakten, die die Freie Hansestadt mit langer Tradition pflegt, sind die direkten Begegnungen der Bürgerinnen und Bürger zentral wichtig, Begegnungen über alle geografischen, sprachlichen, kulturellen und sozialen Grenzen hinweg. Nur wer sich kennenlernt, der weiß, wie der andere oder die andere denkt und fühlt, nur wer dies selbst erfährt und nicht über den Fernseher vermittelt bekommt, wird den anderen und die andere wirklich verstehen.

Die direkte Begegnung ist friedensfördernd, konfliktvermeidend und schafft so auch eine Bedingung zu verstärktem wirtschaftlichen und kulturellen Austausch. Ohne lebendige Städte- und auch Schulpartnerschaften bliebe dieser Austausch zwischen den Menschen in Europa, aber auch weltweit - und ich denke, das wird zukünftig immer wichtiger - auf der Ebene sporadischer Begegnungen und zufälliger Urlaubserlebnisse stehen. Es entstünden kaum jene tieferen Beziehungen und Bindungen, Freundschaften teilweise, auf die wir nicht verzichten können. Außerdem wären diese Kontakte auch abhängig von den finanziellen Möglichkeiten einzelner Bürgerinnen und Bürger, nicht jeder kann es sich leisten zu reisen, obwohl Reisen sehr wichtig ist. Damit sind Städtepartnerschaften ein wichtiger Beitrag für ein soziales Zusammenleben, Rücksichtnahme und Verständnis, aber auch besonders für die Bildung unserer Jugendlichen.

Durch Städtepartnerschaften werden Lebensformen und Kulturen direkt und unmittelbar kennengelernt. Das Reizvolle dabei ist Geben und Nehmen auf gleicher Augenhöhe. Das ist besonders bei Kontakten zu Städten und Ländern des Südens bemerkbar und wichtig. Deshalb sind die Austauschprogramme für Bürgerinnen und Bürger das zentrale Mittel der Partnerschaften: Zwei Ärzte treffen sich in einer Partnerschaft zur gemeinsamen Operation, zwei Fußballvereine spielen zusammen, eine Schulklasse besucht Schülerinnen und Schüler der Partnerstadt, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung tauschen Erfahrungen aus. All das sind Aktivitäten, die Nähe und Vertrautheit schaffen und gleichzeitig Distanz zulassen. So wachsen über Jahre Bindungen und prägen ein internationales Gefüge.

Neben den schon erwähnten direkten Bürgerinitiativen gibt es aber auch eine kommunale Zusammenarbeit, die zu den Städtepartnerschaften ge-

hört und meiner Meinung nach sehr wichtig ist. Davon gibt es viele gute Beispiele auch in unserer Stadt: Ob es die Polizei ist, die in Izmir aktiv ist, ob es die Stadtbibliothek oder ob es ein Austausch zwischen Lehrerinnen und Erzieherinnen ist. Das muss weiter ausgebaut werden. Das mit dem Haus der Bürgerschaft wurde schon erwähnt, deswegen sage ich das nicht noch einmal.

Abschließend möchte ich vier Aspekte noch einmal besonders betonen. Erstens: Lebendige Städtepartnerschaften bestehen zum größten Teil aus freiwilliger und ehrenamtlicher Tätigkeit, die in unserer Stadt sehr ausgeprägt ist. Die Zivilgesellschaft leistet dabei sehr viel und verdient unseren Dank dafür. Der dezentrale Ansatz mit eigenen Schwerpunkten und Verantwortungen in den einzelnen Ressorts, den die Kollegin Frau Mathes schon erwähnt hat, ist der Ansatz, den Bremen gewählt hat, um mit Städtepartnerschaften umzugehen. Das ist auf der einen Seite sehr gut, weil es viel Vielfalt möglich macht und sich verschiedene Projekte auch selbstständig weiterentwickeln können. Auf der anderen Seite ist es wichtig, um voneinander zu erfahren, dass es eine gute Koordination und Planung gibt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diese Koordination wird federführend von der Senatskanzlei sehr gut ausgeführt. Es ist angeregt worden in dieser Vorlage, dass es regelmäßige Koordinierungsrunden geben soll, das, denke ich, ist ein wichtiger Punkt, um es noch besser zu entwickeln.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Noch eine Anregung, und die unter drittens: In dem Bereich der kommunalen Zusammenarbeit hat die Stadt Osnabrück ein interessantes Projekt entwickelt. Sie tauscht mit ihren Partnerstädten sogenannte Städtebotschafter aus. Dabei handelt es sich um junge Leute, die ein Jahr lang in der jeweiligen Partnerstadt leben und in deren Verwaltung mitarbeiten. Dort erfüllen sie alle Aufgaben, die im Zusammenhang mit der Städtepartnerschaft anfallen. Das, denke ich, könnte auch ein Projekt sein, was wir in Bremen umsetzen sollten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wichtig erscheint mir, dass der Austausch von Auszubildenden und Studierenden noch stärker ausgebaut wird. Ich weiß, dass an vielen Schulen Austauschprogramme stattfinden, auch an der

Universität. Dieser direkte Kontakt, am besten mit einer Unterbringung bei privaten Gastgebern, ist trotzdem wichtig und unterstützt das Zusammenwachsen der Völker. Schulen, Sport- und Musikvereine können dafür weiterhin gute Anknüpfungspunkte geben. Austauschprogramme ermöglichen aufgrund der oft längeren Aufenthalte ein intensives Kennenlernen des anderen Landes, den Aufbau intensiver persönlicher Kontakte, und sie dienen der Verbesserung der Sprachkompetenz und dem Verständnis füreinander.

Durch die geknüpften Kontakte und positiven Erfahrungen ist davon auszugehen, dass sich Teilnehmer solcher Austauschprogramme auch künftig für private Reisen sowie für Wissenschafts- und Geschäftsbeziehungen in diese jeweiligen Länder entscheiden. Dies dient nicht nur der Vertiefung gegenseitiger Kontakte, sondern kann auch dem Wirtschafts-, Wissenschafts- und Tourismusstandort Bremen nützen. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Troedel.

Abg. Frau **Troedel** (Die Linke)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich die Entwicklung unserer Städtepartnerschaften ansieht, dann gibt es dort eine bemerkenswerte Verschiebung, eine Verschiebung, die nirgends in der Mitteilung des Senats so offen ausgesprochen wird, die aber für mich sehr deutlich ist. Im Bericht „Zukunft der Städtepartnerschaften“ des Senats von 2002 wurden die drei Motive benannt, aus denen Bremer Städtepartnerschaften entstanden sind.

Das ist erstens das Motiv der Wiedergutmachung und Aussöhnung. Dies hat zum Beispiel zur Partnerschaft mit Haifa geführt hat. Das ist zweitens das Motiv der Solidarität, insbesondere der entwicklungspolitischen Solidarität, das für die Städtepartnerschaft mit Corinto ausschlaggebend war. Das ist drittens das Motiv wirtschaftlicher Erwägungen, das zum Beispiel für die Partnerschaft mit Dalian in China maßgeblich war.

Was heute den Senat in der Entwicklung der Städtepartnerschaften leitet, ist vor allem das wirtschaftliche Motiv. Das ist sehr klar. In der Antwort des Senats 2008 geht es um Raumfahrtunternehmen als Basis von Städtepartnerschaft, es geht um maritime Wirtschaft, um das Städtenetz-

werk Informationsgesellschaft, um Wissenschaftskooperationen und um Breitbandtechnologien. Es geht, das ist richtig, auch um Verkehrsökologie und polizeiliche Zusammenarbeit. Das Motiv der Wiedergutmachung ist weiterhin immer noch stark, aber das Motiv der Solidarität, insbesondere der entwicklungspolitischen Solidarität, ist sehr dünn geworden.

Ich möchte kurz eingehen auf eine Städtepartnerschaft, die in der Mitteilung des Senats als ruhend bezeichnet wird, es ist die Partnerschaft mit Corinto in Nicaragua. Corinto ist der größte Hafen Nicaraguas an der Pazifikküste. Der Anlass, der zur Partnerschaft mehrerer europäischer Städte mit Corinto geführt hat, war sehr konkret. Der Hafen von Corinto wurde von den USA vermint im Zuge der illegalen Seeblockade 1984, die schwere Auswirkungen auf die Versorgung und die Wirtschaft des Landes hatte und auf die Einwohner der Stadt. Es war ein Akt der Solidarität, mit einem armen, schwachen Land und den Bewohnern seiner größten Hafenstadt hier eine Partnerschaft aufzubauen. Hinzu kam, dass der Deutsch-Nicaraguaner Enrique Schmidt, damals Postminister in Nicaragua, im selben Jahr von der Contra erschossen wurde. In Rotterdam, in Liverpool und eben in Köln und Bremen wurden daraufhin Schritte eingeleitet, die zu einer Städtepartnerschaft führen sollten.

Zusammen mit Köln wurde unter anderem eine Reparatur- und Ausbildungswerkstatt in Corinto aufgebaut. 1989 unterzeichnete Bremen dann den Partnerschaftsvertrag mit Corinto und der Nachbargemeinde El Realejo. Einige Zeit danach löste sich der Verein Städtepartnerschaft Bremen-Corinto auf. Damit kam die Partnerschaft zum Erliegen. Es wurden seitens der Stadt Bremen auch keine Initiativen mehr gestartet, die Partnerschaft wieder aufleben zu lassen, sie war ruhend. Offenbar fühlte sich in Bremen niemand gedrängt, diesen Zustand zu verändern.

Ganz im Gegensatz zu Köln, das diese Partnerschaft bis heute erfolgreich führt. Köln unterstützt im Rahmen der Städtepartnerschaft ein Frauenhaus in Corinto. Es gibt eine ganze Reihe von Schulpartnerschaften, freundschaftlichen Beziehungen und Arbeitsbeziehungen, rege kulturelle Kontakte und Austauschbeziehungen. Es gäbe für Bremen sogar spezifische Gründe und Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Corinto ist ein bedeutender Containerhafen in Zentralamerika mit all den Problemen und Fragen von Strukturwandel, die damit verbunden sind, unseren ähnlich.

Ich will hier gar nicht klagen über diesen Zustand. Ich will auch nicht den Zusammenhang herstellen zu der Verschiebung der Motive, die ich genannt

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

hatte. Ich will nicht spekulieren, ob eine Partnerschaft aus entwicklungspolitischer Solidarität vielleicht nicht mehr so gut in die heutige Philosophie wirtschaftlich motivierter Partnerschaften passt. Ich will einfach dazu auffordern, dass wir diese Partnerschaften wieder aufleben lassen. Es ist für uns alle ein Armutszeugnis, dass wir eine Städtepartnerschaft haben, die wir alle achselzuckend als ruhend bezeichnen. Ich will, dass wir dieses „ruhend“ wieder streichen.

Im Herbst hat die Städtepartnerschaft Köln-Corinto 20-jähriges Jubiläum. Ich fände es eine sehr gute Idee, wenn unsere Fraktionen da präsent wären, Kontakte aufnehmen. Ich fände es gut, wenn wir als Bürgerschaft Kontakt aufnehmen zum Nord-Süd-Netzwerk und anderen entwicklungspolitischen Organisationen in Bremen und mit ihnen darüber sprechen. Wir hätten nächstes Jahr, 2009, 20-jähriges Jubiläum unserer Städtepartnerschaft mit Corinto. Ich fände es gut, wenn wir uns als Ergebnis dieser heutigen Debatte das als ein gemeinsames konkretes Ziel vornehmen, zu diesem Datum die Städtepartnerschaft wieder mit Leben zu erfüllen.

Eine Städtepartnerschaft einzugehen ist immer eine Mischung aus eigenen Interessen und fremden Interessen, sonst funktioniert sie nicht. Aber eine Städtepartnerschaft, wenn wir sie einmal eingegangen sind, ist auch eine Verpflichtung. Wenn diese Wiederbelebung dabei herauskommen würde, dann hätte diese Debatte heute doch ein ganz konkretes Ergebnis gehabt. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der Linken)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Möllenstädt.

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Einige konzeptionelle Anmerkungen zu dieser Großen Anfrage vorweg! Sowohl die Anfrage selbst als auch die Antwort sind aus meiner Sicht leider ein wenig unübersichtlich und wenig strukturiert geraten. Der Senat weiß offenbar nicht einmal selbst, mit wem Bremen eine Städtepartnerschaft pflegt und mit wem freundschaftliche Beziehungen und mit wem ein Austausch auf kultureller, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher oder sportlicher Ebene gepflegt wird. So lesen wir in der Antwort auf Frage eins, Bremen pflege Beziehungen zu sieben Partnerstädten, davon zwei ruhend, die Kollegin hat das gerade angesprochen. In der Antwort zu Frage vier tauchen dann Freundschaftsvereine für Pune und Durban auf, die man in der Antwort zu Frage eins vergeblich sucht.

Es hätte dieser Großen Anfrage aus Sicht der FDP gut zu Gesicht gestanden, um eine Auflistung sämtlicher aktuellen und ehemaligen Partnerstädte, eine Liste der Kooperationen und die Mitgliedschaft in Netzwerken und internationalen Verbänden zu bitten. Vielleicht hätte man den Senat hier aber auch überfordert. Es ist ja offensichtlich, dass es keinen einheitlichen Ansprechpartner und keine eindeutige Zuständigkeit hierfür gibt. Hier zeigt sich einmal mehr das von der FDP schon mehrfach beklagte Problem des Nebeneinanders der einzelnen Ressorts. Jeder bastelt ein wenig in seinem Aufgabenfeld herum. Eine klare Kooperation, dort eine Mitgliedschaft in einem Netzwerk, dort eine Zusammenarbeit, das ist alles schön und gut, aber das macht noch keine zusammenhängende Strategie in der internationalen Zusammenarbeit.

(Beifall bei der FDP)

Von Ergebniskontrolle und einer Abschätzung, ob die jeweils aufgewendeten Mittel sinnvoll eingesetzt werden und sich rentieren, fehlt jede Spur. Insofern fordern wir den Senat auf, alle internationalen Kooperationsfragen bei der Senatskanzlei federführend anzusiedeln und auf den Prüfstand zu stellen, welche Kooperationen wirklich sinnvoll im Interesse Bremens sind.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, eine grundsätzliche Schwierigkeit gerade von Städtepartnerschaften, über die wir heute sprechen, liegt in der Aktivität. Viele anfangs mit viel Euphorie vorangetriebenen Partnerschaften verlieren, und das hat das Beispiel eben auch gezeigt, schnell und oft an Dynamik und, wenn die zentralen Personen dann weg sind, auch an Schwung. Gerade bei den Antworten des Senats zu den genannten Städten zeigt sich dieses Problem auch. Bis auf die Kooperation mit Haifa, die außergewöhnlich lange schon auf hohem Niveau läuft, fehlt es hier an Konstanz.

(Beifall bei der FDP)

Hier sehen wir in einer Konzentration der Zuständigkeiten für internationale Zusammenarbeit die Möglichkeit, bestehende Kontakte künftig besser zu pflegen und künftig auch effektiver aufzubauen. Wir müssen uns schon fragen, warum manche Partnerschaft ruht und wieso manches mit viel Elan gestartete Projekt mittlerweile eingeschlafen ist.

In der Pflege internationaler Kontakte bieten sich für Bremen aus unserer Sicht eigentlich eine ganze Menge wirklich erfolgversprechender Chancen.

Es gibt nach unserer Überzeugung noch viele ungenutzte Potenziale in unserer Stadt. Dabei handelt es sich nicht nur um wirtschaftliche Vorteile, gerade auch der kulturelle Austausch belebt unsere Stadt. Die Wissenschaften profitieren von erweiterter Zusammenarbeit, und die Bürgerinnen und Bürger profitieren vom Kontakt mit anderen Städten, Ländern und Kulturen.

Bremen hat als alte Handelsstadt eine lange Tradition der Weltoffenheit. Wir müssen aber immer auch daran arbeiten, dass dies auch zukünftig genutzt werden kann und erhalten bleibt, auch in der Wahrnehmung der Partnerinnen und Partner, die wir in anderen Städten für uns gewinnen wollen. Die Zusammenarbeit mit anderen Städten und Regionen in der Welt bereichert Bremen ohne Frage und bereichert die Menschen, die hier leben.

Als Basis für die zukünftige Ausrichtung der Aktivitäten möchte ich den Senat gern an dieser Stelle bitten, auf einer der nächsten Sitzungen des Landtagsausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit, der dafür das geeignete Gremium aus meiner Sicht in diesem Parlament darstellt, die Aktivitäten des Landes vielleicht noch einmal präziser darzustellen. Insbesondere wäre es interessant, eine vollständige Liste aller internationalen Kooperationsprojekte der Stadtgemeinde, aber eben auch des Landes dort vorzulegen.

(Beifall bei der FDP)

Dazu würde uns vorschweben, dass wir vielleicht auch einmal eine kurze Beschreibung der aktuellen Aktivitäten bekommen könnten, und es wäre interessant, welche Partner sich in Bremen aktiv an solchen Kooperationen beteiligen. Wir hätte auch gern eine kritische Einschätzung des Senats gehört, welche Projekte jetzt in der nächsten Zeit vielleicht einmal auf den Prüfstand gestellt werden können, wenn man den Eindruck hat, dass dort vielleicht nicht mehr genügend Aktivität vorhanden ist.

Für die Bürgerinnen und Bürger Bremens fordere ich in diesem Zusammenhang auch eine verbesserte Information der Öffentlichkeit über die Städtepartnerschaften Bremens. Wer sich beispielsweise auf unserem Portal www.bremen.de über die internationalen Kontakte unserer Stadt informieren möchte, erlebt eine herbe Enttäuschung. Unter „Internationales“ finden sich die hiesigen Konsulate und dann eine einfache Liste mit fünf Städtepartnerschaften, dahinter jeweils eine ziemlich dünne Beschreibung und pixelige Fotos und ein relativ liebloser Abriss der Städte, zu denen

wir Partnerschaften pflegen. Auch wenn es mir als Bremer eigentlich wehtut, dies zu sagen, Hamburg ist uns da um einiges voraus.

Eine freundlichere Gestaltung, deutlich mehr Inhalt, vor allen Dingen auch Ansprechpartner zu den einzelnen Städten, das alles fehlt in der Bremer Präsenz. Hier gibt es für die Interessierten weitaus mehr Informationen, und wir möchten doch den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt die Möglichkeit geben, sich auch aktiv an den Städtepartnerschaften zu beteiligen, die Bremen pflegt. Dies darf keine einseitige und geschlossene Veranstaltung bleiben, bei der nur Eingeweihte angesprochen werden. Deshalb glaube ich, da besteht eine Menge Potenzial zur Verbesserung.

Auch die Zusammenarbeit mit Handels- und Handwerkskammer kann hier noch deutlich verbessert werden. Es muss ja nicht gleich eine Dépendance der Kammer vor Ort sein oder eine offizielle Repräsentanz, dafür haben wir zu wenig Geld, aber ich glaube, Bremen hat da schon noch einiges mehr zu bieten. Bremen braucht internationale Kontakte, und Bremen hat auch eine Vielzahl privater Organisationen, Vereine und engagierter Privatleute. Dieses Potenzial besser zu koordinieren wird eine der Hauptaufgaben in den kommenden Jahren aus unserer Sicht sein.

Die Kooperationen der Hochschulen könnten genutzt werden, um auch Unternehmen ein Sprungbrett zu geben. Hier könnte die Senatskanzlei als Koordinierungsstelle darauf drängen, dass die Akteure sich mehr untereinander abstimmen.

Nach Meinung der FDP werden auch bestehende Institutionen zu wenig genutzt. Nehmen Sie nur einmal das Instituto Cervantes, ein wunderbares Sprungbrett eigentlich in den hispanischen Kulturraum! Bis auf die ruhende Städtepartnerschaft mit Nicaragua, die eben angesprochen worden ist, und zwei bald auslaufende Projekte gibt es da recht wenig. Dies soll nur eine Anregung dafür sein, die Möglichkeiten vor Ort vielleicht noch ein Stück weit besser zu nutzen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner spricht der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist in der bisherigen Debatte der ganze Querschnitt von Städtepartnerschaften und Einschätzungen gegeben worden. Ich glaube, wer selbst einmal mit den Delegationen in Städten war, mit denen wir Part-

nerschaften durchführen, Haifa ist mir da persönlich sehr nachhaltig in Erinnerung geblieben, wird zu dem Ergebnis kommen, dass eines der wesentlichsten Elemente der Gedanke von Freundschaft, Friedenserhaltung und von gegenseitigem Verständnis bei Städtepartnerschaften ist, dass man das, was an anderen Orten passiert, versteht, dass man zumindest insofern nachvollziehen kann, warum gewisse Dinge so gelaufen sind, wie sie gelaufen sind, ohne das damit gleich sofort für richtig zu erachten.

Das ist, glaube ich, der wesentliche Aspekt von Städtepartnerschaften, und unter diesem Gesichtspunkt sollte man erst einmal grundsätzlich jede einzelne Städtepartnerschaft sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Von daher ist der Stellenwert, welcher in der Antwort des Senats hervorgehoben worden ist, auch zu Recht hervorgehoben, nämlich dass einer internationalen Stadt wie Bremen Städtepartnerschaften erst einmal per se gut zu Gesicht stehen.

Städtepartnerschaften machen aber natürlich nur dann Sinn, wenn sie gepflegt werden. Man muss Zeit investieren, man muss Energie investieren, und man muss natürlich auch am Ende des Tages Geld investieren, wenn sie zum Erfolg führen sollen. Von daher macht es wenig Sinn, dass man eine Städtepartnerschaft aufrechterhält nur des Aufrechterhaltens wegen, sondern es muss schon letztendlich Sinn und Zweck machen.

Gegebenenfalls muss man sich eingestehen, dass die Erwartungen, die man mit einer Städtepartnerschaft gehabt hat, sich letztendlich nicht mehr erfüllen, weil man wissen muss, dass auch die andere Seite das entsprechende Interesse mitbringen muss. Ansonsten ist das eine ziemlich einseitige Sache, und Partnerschaften - das ist aber überall im Leben so -, die sehr einseitig ausgeprägt sind, halten auch nicht allzu lange, Ausnahmen bestätigen da sicherlich die Regel.

Von daher glaube ich, dass die unterschiedliche Art und Weise der einzelnen Ressorts, also die dezentrale Herangehensweise, die sich in der Vergangenheit herauskristallisiert hat, gar nicht so schlecht war, weil es auch eine ganze Bandbreite, eine Vielschichtigkeit von Städtepartnerschaften in unterschiedlicher Ausprägung nach sich gezogen hat.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Das war Ampel!)

Die dezentrale Ausprägung in den einzelnen Aktivitäten hat auch eine große Vielfalt mit sich gebracht. Da ist zum Beispiel der Kulturbereich zu nennen mit Riga und Danzig, wo es einen vielfältigen Austausch von Literaten zwischen Bremen

und Riga mit großem Engagement gibt. Das zu negieren, meine Damen und Herren, weil es vielleicht keine Querschnittsaufgabe darstellt, halte ich für viel zu kurz gesprungen. Aber auch das, was in Izmir stattfindet, hat natürlich auch seinen Wert für sich, sicherlich sehr stark auf das Ressort Inneres bezogen, aber doch nicht nur. Wir waren als CDU-Fraktion vor acht oder zehn Jahren in Izmir.

Auch das trägt natürlich letztendlich dazu bei, Partnerschaften und gegenseitiges Verständnis weiterzuentwickeln, aber auch wieder einen neuen, einen anderen Aspekt innerhalb einer Städtepartnerschaft zu finden. Deswegen bin ich mir gar nicht so sicher, ob nun eine Zentralisierung das allein Seligmachende ist, weil auch eine Zentralisierung mit einer gewissen Gefahr verbunden ist. Ich hatte einmal das Vergnügen, in Pune mit entsprechenden Aussagen von Senatsvertretern konfrontiert zu werden, weil das nämlich auch das Risiko ist. Ich meine jetzt nicht Sie persönlich, sondern einen Ihrer Vorgänger, der dann durch die Welt gereist ist und etwas zugesagt hat, was am Ende nicht zu halten war.

Dabei denke ich an die S-Bahn-Verbindung zwischen Pune und Bombay und dass man dann sehr kritisch gefragt worden ist, wann sie denn letztendlich kommt. Natürlich selbstredend finanziert durch das reiche Bundesland Bremen! Dann wird es natürlich arg schwierig und peinlich, wenn die örtliche Presse sagt: Was macht ihr denn da, ihr versprecht uns irgendwelche Dinge, die ihr am Ende des Tages nicht halten könnt.

Alles das sind auch Punkte, bei denen man vorsichtig sein muss, wobei ich da bei dem jetzigen Präsidenten des Senats nicht so sehr die Gefahr sehe, aber auch solche Auswirkungen muss man letztendlich bei solchen Aspekten beachten. Ich glaube, wir haben hier eine sehr differenzierte Landschaft, und man muss diese Städtepartnerschaften sehr differenziert betrachten.

Ich finde es richtig, dass man sie in regelmäßigen Abständen auf den Prüfstand stellt und beobachtet, ob sie noch das Ergebnis haben, welches man haben will. Man sollte sie dann, finde ich, wie sie sich entwickelt haben, auch weiterentwickeln lassen und nicht wieder zurück an irgendeine engere Leine holen. In diesem Sinn werden wir sehr konstruktiv, aber hier und da auch sehr kritisch die weitere Entwicklung der Städtepartnerschaften zwischen Bremen und seinen Partnerstädten aufmerksam beobachten. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte kurz auf zwei Beiträge eingehen, weil das aus unserer Sicht so nicht stehen bleiben darf. Der eine Punkt ist, Frau Troedel, wenn Sie Corinto mit den anderen Städtepartnerschaften sozusagen vergleichen wollen, dann muss ich sagen: Das geht so nicht! Es gibt deutliche Unterschiede einerseits zwischen den Städtepartnerschaften, die wir mit Riga, Haifa, Danzig und Izmir haben, wo die Bürgerschaft einen Vertrag unterzeichnet hat und dies auch auf einer breiten politischen Basis passiert ist und dann auf dieser Grundlage diese Städtepartnerschaften mit Leben gefüllt wurden.

Corinto ist nicht so ein Fall, sondern es gehörte nie zu diesen, mit denen ein Vertrag in der Form geschlossen wurde. Man muss auch eines sehen, es kann ganz nett sein, wenn man sagt, wir machen eine Städtepartnerschaft von Bremen aus, aber man muss auch eine Resonanz auf der anderen Seite haben und ein Gegenüber, dass dies auch mit Leben füllen will. Ich bin auch Herrn Kastendiek an der Stelle dankbar, weil Sie noch einmal klargemacht haben, dass es wichtig ist, das zu leben, aber dass man es nur begrenzt kann und man es nicht zu weit streuen kann.

Eine letzte Bemerkung dazu: Wir sollten auch im Blick - auch die sind uns natürlich wichtig - Beziehungen in anderen Formen behalten. Da haben wir aber ein eigenes Ressort: Der Senator für Bau, Umwelt, Verkehr und Europa. Entwicklungszusammenarbeit ist natürlich auch ein Aufgabefeld, aber es ist heute beim Thema Städtepartnerschaften natürlich nicht im Fokus gewesen.

(Abg. Frau Troedel [Die Linke]: Aber bei mir!)

Soweit zu dem Beitrag!

Nun zu Herrn Dr. Möllenstädt! Ich kann wirklich nicht nachvollziehen, wenn Sie sagen, diese Antwort des Senats sei unsystematisch! Ich will das aber auch nicht vertiefen,

(Glocke)

aber offensichtlich scheinen Sie unsystematisch zu lesen, anders kann ich mir das nicht erklären.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Der letzte Punkt, dann bin ich fertig, aber es war mir wichtig, dass das nicht stehen bleibt. Gerade

die Städtepartnerschaften mit Danzig und Riga werden intensiv gelebt, und zwar auf den Ebenen der Kultur von Bürgern und Bürgerinnen, und da kann man hier nicht sagen, dass da nichts passieren würde!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Herr Bürgermeister Böhrnsen.

Bürgermeister Böhrnsen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann mich mit voller Überzeugung dem anschließen, was Frau Hiller, Frau Dr. Mathes, aber auch was Herr Kastendiek gesagt haben. Ich fasse es in einem Satz zusammen: Ich glaube, Bremen kann stolz sein auf seine Städtepartnerschaften.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nicht nur, was wir in diese Städtepartnerschaften einbringen, sondern indem wir auch einmal erspüren, was man in den Städten über uns denkt, über die wir reden! Ich selbst bin in meiner Amtszeit, jetzt im Amt als Bürgermeister, in drei dieser Partnerstädte gewesen, in Haifa, in Danzig und Dalian in China.

Fangen wir einmal mit Danzig an, was man in Danzig über uns denkt! Wir sind ein treuer Freund, und Freundschaft ist der Kern überhaupt von Partnerschaften, Frau Troedel, dann kommt das andere. Erst kommt die Freundschaft, und dann kommen die anderen sachlichen Themen. Man hat dort nicht vergessen, obwohl Danzig mittlerweile eine Unzahl von Partnerschaften in der Welt hat, man hat dort nicht vergessen, dass Bremen die erste westdeutsche Stadt war, die mit Danzig eine Partnerschaft eingegangen ist. Ich habe das 30-jährige Jubiläum der Partnerschaft in Danzig mitgefeiert, und man hat den Tisch aufgestellt, an dem damals Hans Koschnick diese Unterschrift geleistet hat. Da weiß man, was wir für eine enge Verbindung haben. Das ist der Kern, und darauf kann man stolz sein!

Dasselbe gilt für Haifa. Wir haben hier vor einigen Wochen anlässlich des Benefizkonzerts des Bundespräsidenten den bremischen Anteil am Erlös des Konzertes der Kulturstiftung in Haifa zugewandt. Wir haben eine Verbindung zu Haifa, diese ist entstanden aus der konkreten Zusammenarbeit, und diese hat sich fortgesetzt in dieser ganz besonderen Verbindung. Ich beziehe diese Partnerschaft - und das kann man bei Haifa in besonderer Weise sehen - nicht allein auf Senatsvertre-

ter. Dass Bürgermeister sich treffen, ist schön, aber das allein ist keine Partnerschaft.

Ich habe in Haifa eine Schulklasse des Gymnasiums Obervieland getroffen, die in einer Schulklasse in Haifa war und in Familien gelebt hat, also bei Eltern von Schülern und Schülerinnen aus Haifa. In Haifa ist unvergessen, dass zum Beispiel der Präsident der Bremischen Bürgerschaft während des Libanonkrieges in Haifa war. Das ist gelebte Solidarität, und das ist, wie gesagt, der Kern.

In Dalian, eine andere Geschichte - natürlich verbindet uns zu einer Stadt in China, die außer uns kaum jemand kennt, aber die auch nur 6,8 Millionen Einwohner groß ist, nicht eine solche Verbindung wie zu Haifa, Danzig oder zu Riga. Das ist eine andere Beziehung, das ist eine, die natürlich auf Austausch und auf gegenseitigen Nutzen bezogen ist. Dort haben wir Verbindungen über Raumfahrt, ich habe auch über Autotransport über Bremerhaven gesprochen habe, nach dem Motto: „Nicht der Bremer Bürgermeister entscheidet darüber, ob chinesische Autos nach Europa transportiert werden, aber wenn sie nach Europa transportiert werden, dann doch bitte über Bremerhaven.“ Das ist eine Verbindung, die wir dort haben.

Mir liegt aber noch daran zu sagen, dass Städtepartnerschaften, das ist etwas, das wir auf einer durchaus formellen Vertragsebene auch haben, dass das nicht alles ist. Das ist nicht der Umfang der Internationalität, die Bremen hat, und das ist auch nicht vor 200 oder 300 Jahren, dass das gewissermaßen unsere außenpolitischen Beziehungen sind, sondern das ist eine besondere Form von Freundschaft.

Darüber hinaus haben wir natürlich noch ganz andere Kontakte. Ich war in der vergangenen Woche in Groningen, eine Stadt, mit der wir keine Städtepartnerschaft haben, mit der wir eine tiefe Freundschaft haben und mit der wir ganz konkrete und eine ganze Vielzahl von Projekten haben, Herr Dr. Möllenstädt, die ich hier gar nicht einfach aufzählen könnte, weil sie, was ich schön finde, nicht alle über den Senat gehen, sondern weil sie wie selbstverständlich - und internationale Verbindungen sind mittlerweile so - nicht nur Verbindungen zwischen Staaten sind, sondern zwischen Gesellschaften und zwischen Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

In Groningen sind wir auf die Verbindung mit der BSAG gestoßen, weil diese ein neues Straßennetz aufbauen. Wir sind auf die Verbindung unserer Universität gestoßen, weil die Universitäten Bremen, Oldenburg und Groningen beste Kontakte haben. Ich bin unter anderem als Kultursenator dort gewesen, um mir anzusehen, was für

wunderbare Formen von Weiterentwicklung ihrer öffentlichen Bibliotheken sie haben.

Das sind die Selbstverständlichkeiten, die ich gar nicht in große Tabellen gegossen wissen möchte, sondern bei denen es mir wichtig ist, dass sie lebendig und aktiv sind. Deswegen muss Internationalität uns alle erfassen, nicht nur den Senat, nicht nur die koordinierende Funktion der Senatskanzlei ist gefragt, sondern sie muss in allen Bereichen der Gesellschaft, der Wissenschaft, Kunst und Kultur gelebt werden.

Frau Troedel, weil Sie konkret gefragt haben, Corinto, was wir als ruhend bezeichnet haben, das ist ein Beispiel dafür, jemand hat es gesagt, Partnerschaften leben auch in einem Auf und Ab, von Aktivität und weniger, dass man sich wieder anstrengen muss, und man muss Ideen haben. In Corinto beruht es darauf, dass die Basis dafür, das war der Verein „Städtesolidarität von Volk zu Volk“ hier in Bremen, aufgelöst worden ist. Anders in Köln, da gibt es das noch. Also, ein Stück Basis war weggefallen, aber das ist wichtig.

Der Senat wird auch weiter nicht daran interessiert sein, gewissermaßen formelhafte Städtepartnerschaften, sondern lebendige Städtepartnerschaften zu initiieren und aufrechtzuerhalten. In diesem Sinne, glaube ich, sind wir alle aufgefordert. - Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats mit der Drucksachen-Nummer 17/179 S auf die Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD Kenntnis.

Zukunft des Klinikums Bremen-Mitte

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 19. März 2008
(Drucksache 17/140 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 13. Mai 2008

(Drucksache 17/171 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Rosenkötter.

Gemäß Paragraf 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich gehe davon aus, Frau Senatorin Rosenkötter, dass Sie die Antwort des Senats mit der Drucksachen-Nummer 17/171 S auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP nicht mündlich wiederholen möchten.

Ich frage, ob in eine Aussprache eingetreten werden soll. - Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als ersten Redner rufe ich Herrn Dr. Möllenstädt auf.

Abg. Dr. Möllenstädt (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Journalist einer großen Tageszeitung hat die hier zugrunde liegende Anfrage der Fraktion der FDP aufgrund der Anzahl der Fragen als rekordverdächtig bezeichnet. Das Aufstellen eines Rekords wäre nun grundsätzlich für manchen ein Grund zur Freude. Grund zur Freude bietet der Anlass dieser Anfrage hingegen nicht.

Im Februar verweigerten die Koalitionsfraktionen hier im Haus die Verabschiedung eines Antrags der Liberalen, in dem der Senat gebeten wurde, einen Bericht zur Zukunft des Klinikums Bremen-Mitte gegenüber der Bürgerschaft abzugeben. Was im Interesse der Transparenz gegenüber Belegschaft und Öffentlichkeit sicherlich sinnvoll gewesen wäre,

(Vizepräsidentin Dr. Mathes übernimmt den Vorsitz.)

bügelte Rot-Grün in der inzwischen üblich gewordenen Art und Weise ab. Ihr Argument, das alles wolle man gar nicht wissen, Wissen würde die Beteiligten nur verunsichern und so weiter.

Umso erschütternder sind nun die Antworten, die wir auf unsere Anfrage erhalten haben. In der Antwort auf die Frage vier heißt es nun, unter der Voraussetzung einer stringenten störungsfreien Projektentwicklung werde mit der Fertigstellung der Hauptmaßnahme Ende 2012/Anfang 2013 geplant. Im Klartext, Sie haben mindestens zwei, in Wirklichkeit sind es wohl eher drei Jahre, bei der Umsetzung dieses wichtigen Sanierungsvorhabens verloren.

(Beifall bei der FDP)

Dafür sind inzwischen Kosten in Höhe von fast zehn Millionen Euro für Planungen und Vergabe ausgegeben worden, ohne dass bis heute abschließend geklärt wäre, was überhaupt genau gebaut werden soll, geschweige denn, wer es bauen soll.

(Beifall bei der FDP)

Was allerdings aus Sicht meiner Fraktion noch dramatischer ist, ist, dass die Arbeit des Senats in diesem ganzen Vorgehen und auch das Verhalten des Senats in dieser Sachfrage den Vertrauensverlust weiter befördern. Es ist die Tatsache, dass das Reden und das Handeln bei diesem Senat und den ihn tragenden Fraktionen überhaupt nicht mehr zusammenpassen. Das betrifft nicht nur manche strittige Personalentscheidungen in anderen Kliniken, sondern es betrifft eben auch das Klinikum Bremen-Mitte und die Vorgehensweise dort in zentraler Weise.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich habe gestern Abend in meinem Büro gegessen und einmal in einem alten Protokoll der 36. Sitzung der Stadtbürgerschaft in der 16. Wahlperiode - am 11. Juli 2006 war das - geblättert, also vor bald zwei Jahren. Da haben die damaligen Gesundheitssenatorin Frau Röpke und Herr Brumma in ihren Reden ausgeführt: Man werde im Jahre 2011/2012 ein positives Betriebsergebnis erreichen. Herr Brumma sagte damals, wenn wir jetzt nicht loslegen - ich kann die Tonlage nicht so ganz treffen, das sehen Sie mir nach! -,

(Abg. Strohmänn [CDU]: Zu schnell!)

wenn wir jetzt nicht loslegen, dann wird es problematisch! Ja, es ist auch ein bisschen zu schnell gewesen, ich weiß! Frau Röpke führte aus, wir haben nur wenig Zeit, jeder Monat zählt.

Den Bremerinnen und Bremern wurde der Eindruck vermittelt, es würde nun alles darangesetzt, das Klinikum Bremen-Mitte zügig zu sanieren. In Wahrheit - und das wissen Sie, meine Damen und Herren von der SPD - haben hier der Bürgermeister und seine Mitarbeiter in der Senatskanzlei alles darangesetzt, die Entscheidung über die PPP-Vergabe bis nach der Wahl hinauszuzögern, weil sie wussten, dass die Grünen das niemals mittragen würden. Die Grünen waren da ehrlicher, sie haben wie wir Liberale übrigens auch von Anfang an gesagt, das mit dem PPP-Modell wird nichts. Sie versuchen weiterhin - und nun auch wieder -, den Bremerinnen und Bremern über die Lage der Kliniken, insbesondere des Klinikums Mitte, Sand in die Augen zu streuen.

In der Beantwortung der Fragen 21 bis 23 ist die Rede von einem Sofort-/Sonderprogramm für die Klinikum Mitte gGmbH. Im Satz danach wird das aber gleich wieder eingeschränkt, da heißt es dann: Die entsprechenden Bausteine werden derzeit auf ihre Umsetzbarkeit überprüft. Das heißt also, Sie haben etwas, was Sie in der Öffentlichkeit als Programm bezeichnen, das aber nicht umsetzbar ist.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]:
Totaler Quatsch!)

Weiterhin wird ausgeführt, der Senat arbeite an einem Konsolidierungskonzept auf Ebene der Holding. An anderer Stelle wird zusätzlich von einer Gesamtstrategie gesprochen. Das klingt auf den ersten Blick sehr schön. Auf entsprechende Nachfragen, wie weit die entsprechenden Konzeptionen denn gediehen seien, konnten oder wollten bisher ja weder der kaufmännische Geschäftsführer des Klinikums Bremen-Mitte noch der der Gesundheit Nord antworten. Das sogenannte Konsolidierungskonzept beinhaltet nach meinem Eindruck nicht mehr als die Feststellung, dass über die gesamte Holding in kurzer Frist nicht wie bisher befürchtet 700, sondern fast 1000 Stellen abgebaut werden sollen. Dass bei den Kliniken ein Personalüberhang besteht, war uns allen schon seit Jahren klar. Wie kann es denn aber sein, dass der Personalbestand in den vergangenen Jahren bis zum letzten Jahr sogar noch leicht angewachsen ist? Wer hat denn die Verantwortung dafür gehabt, frage ich mich!

Auf die in der Antwort des Senats erwähnte Gesamtstrategie angesprochen heißt es vom kaufmännischen Geschäftsführer der GeNo, die Gesamtstrategie wird ja erst einmal gar nicht benötigt. Ähnlich blumig und ziemlich unpräzise gestalten sich die Antworten auf die Fragen nach der Umsetzung von Maßnahmen, die auch altbekannt sind: Einkaufsgemeinschaft, Zentral-IT und -Logistik. Da heißt es, die Maßnahmen seien in die Business-Planung eingestellt, den Effekt könne man aber noch nicht beziffern. Meine Damen und Herren, diese Business-Planung würde ich gern einmal sehen. Das Ganze ist schon ziemlich erstaunlich, da auch über diese Maßnahmen, wie schon gesagt, schon seit mehreren Jahren hier gesprochen wird.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Noch eine weitere dieser sozialdemokratischen Seifenblasen ist der sogenannte Masterplan. In jener Debatte im Jahre 2006 führte die damalige Senatorin Frau Röpke aus, der Masterplan sei mit vielen Experten entwickelt und in umfangreichen Vorarbeiten erarbeitet worden. Der sogenannte

Masterplan wurde seither von vielen Sozialdemokraten ja geradezu wie eine Monstranz vor sich hergetragen. Sie müssen sich einmal vergegenwärtigen, dass dieser Masterplan seit dem Jahr 2003, also seit fünf Jahren - das ist ein Sechstel meines Lebens - diskutiert wird.

(Beifall bei der FDP)

Der neue Chef der Gesundheit Nord sprach in der letzten Sitzung des Krankenhausausschusses des Landtags, übrigens im Unterschied zur Gesundheitssenatorin, erschreckend ehrlich, aber meines Erachtens zu Recht vom Mysterium Masterplan.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]:
Kann auch beides sein!)

Was gilt denn jetzt, ist das ein Mysterium, oder ist es das Konzept, was Sie umsetzen wollen? Widersprüche über Widersprüche, meine Damen und Herren!

Weiterhin wäre noch zu klären, ob das Vergabeverfahren zur Public Private Partnership vergaberechtswidrig beendet wurde. Auch hier weichen Sie einer ehrlichen Beantwortung unserer Fragen leider aus. In der Antwort auf die Frage 32 führt der Senat aus, eine gutachterliche Bewertung der Beendigung des Vergabeverfahrens habe ergeben, dass kein signifikantes Haftungsrisiko vorliegt. Das mag für das dort benannte Gutachten der Rechtsanwaltskanzlei BBG und Partner gelten. Der Senat verschweigt aber, dass die Kanzlei erst beauftragt wurde, nachdem ein anderer Gutachter bescheinigt hatte, dass insbesondere aufgrund verschiedener Erklärungen des Senats und der zuständigen Senatorin sehr wohl ein erhebliches Haftungsrisiko vorhanden ist.

Meine Damen und Herren, ich will zum Schluss kommen: Ich kann Ihnen nur sagen, der Spagat zwischen Reden und Handeln der SPD, ihres Bürgermeisters und der zuständigen Gesundheitssenatorin ist mir entschieden zu groß. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohr-Lüllmann.

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich stimme hier gleich in den Reigen ein. Die Antworten werden im Großen und Ganzen der Problematik nicht gerecht, Ausrufezeichen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich finde hier wachsweiße elastische Formulierungen, nichts Konkretes. Die allgemeine wirtschaftliche Lage, die hier von der FDP nachgefragt wird, wird mir gar nicht deutlich in den Antworten. Obwohl die Überschrift „Zukunft des Klinikums Bremen-Mitte“ heißt, geht es hier an keiner Stelle um die Zukunft des Klinikums Bremen-Mitte.

Weil die Antworten so sind, wie sie sind, habe ich mir erlaubt, auch einen kurzen Blick in die Plenarprotokolle vom Oktober 2007 und Februar 2008 zu werfen, um einmal nachzusehen, was für eine Einschätzung Sie, der Senat, und natürlich auch meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, zu dem Zeitpunkt - das ist ja ein sehr überschaubarer Zeitpunkt, Februar 2008 und Oktober 2007 - zur wirtschaftlichen Situation damals hatten und welchen Blick Sie damals in die Zukunft geworfen haben.

Es geht also um eine Februar-Sitzung, und es ging in der Sitzung im Februar um die Verzögerung des Neubaus beziehungsweise den Masterplan, und im Oktober ging es um die Zukunft der kommunalen Kliniken in Bremen. Im Oktober habe ich an dieser Stelle, übrigens zum wiederholten Male, gesagt, mit Erlaubnis der Präsidentin würde ich mich selbst aus dem Plenarprotokoll zitieren: „Ich mache mir große Sorgen um die Arbeitsplätze und die Gesundheitsversorgung unserer stadtbremischen Kliniken. Ich finde keinen Zeitplan, keinen Hinweis auf Umsetzung.“ Ich merke damals in dieser Debatte verwundert an, dass laut Senat die Kliniken ab 2011, und das ist nicht so, wie Sie zitiert haben, schon in 2006, das ist sogar noch in 2007 gesagt worden, positive Zahlen schreiben. Ich kritisiere, dass es sich wie immer um nur Absichten handelt und eine Umsetzung nicht zu erkennen ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte Ihnen die Zitate von dem SPD-Kollegen Brumma als Reaktion auf meine Äußerung nicht vorenthalten: „Mir kommen die Tränen. Es geht Ihnen permanent um eine Skandalisierung.“ Und Herr Brumma sagt, dass ich von diesen Inszenierungen absehen soll.

Ich zitiere auch noch Herrn Güldner von den Grünen im Februar 2008, „dass ich“ - also ich - „einmal im Monat das Totenglöckchen der kommunalen Kliniken läute“. Güldner: „Die Kliniken sind sehr lebendig.“ Sie sagen, Herr Güldner, ich würde Ihnen Untätigkeit vorwerfen, und das wäre nicht der Fall.

Zitat der Gesundheitssenatorin Frau Rosenkötter: „Ich finde es insgesamt unverständlich, um nicht zu sagen, auch unglaublich, in welcher Art und Weise hier Zahlenkolonnen zusammengerechnet und in einen wirren Zusammenhang gestellt werden, der wirklich jeglicher Grundlage entbehrt.“ Das sagte Frau Rosenkötter 2007, und sie erwähnt, dass wir 2012 ein kumuliertes Ergebnis im Verbund von minus 22 Millionen Euro haben. So schnell also ändern sich die Zeiten, von Oktober bis Februar von positiven Zahlen zu minus 22 Millionen Euro. Das sind Ihre Antworten vom Senat, und das sind Ihre Einlassungen meiner Kolleginnen und Kollegen der SPD.

Nun aber zu heute! Ich zitiere nun aus dem Krankenhausausschuss vom 22. Mai aus meinem eigenen Wortprotokoll Herrn Dr. Hansen, den neuen Chef der Gesundheit Nord: „Die wirtschaftliche Notlage wurde bisher so nicht gesehen“ - sagt Herr Dr. Hansen -, „2009 erwartet uns ein kumuliertes Defizit in der Gesundheit Nord gGmbH von 60 Millionen Euro

(Abg. Röwekamp [CDU]: Hört, hört!)

und 2015, trotz Teilersatzbau, ein Defizit von 140 Millionen Euro.“ Die Erklärung von Herrn Dr. Hansen: „In den letzten vier bis fünf Jahren ist nichts passiert. Die Sanierungsgeschwindigkeit ist nun umso größer, da vier bis fünf Jahre verloren sind. Die Sanierung muss zu 90 Prozent in den alten Strukturen passieren.“ Jetzt frage ich Sie, liebe Kollegen Güldner und Brumma: Wie fühlt man sich da eigentlich?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Hat Herr Hansen jetzt meine Rolle übernommen, und er läutet jetzt das Totenglöckchen? Was unterscheidet seine Analyse von der Analyse der CDU-Bürgerschaftsfraktion?

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Dass er in die Zukunft schaut und Vorschläge macht!)

Genau, das vermisste ich beispielsweise in der Antwort des Senats. Da ist nicht ein Hinweis auf die Zukunft. Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Auch das vermisste ich wie Sie!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aber wissen Sie, was ich noch vermisste? Wissen Sie, welche Frage ich von Ihnen vermisste? Ich vermisste nämlich eigentlich folgende Frage: Wird

das Gesundheitsressort eigentlich von einer Führungskraft geleitet? Das vermisse ich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Hat Frau Rosenkötter nach Frau Röpke eigentlich alles dafür getan, die Arbeitsplätze zu retten und die Kliniken in eine sichere Zukunft zu führen?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Bei der unterschiedlichen Präsentation von Zahlen frage ich mich: Hat sie uns die richtigen Zahlen genannt, oder wusste sie es nicht besser, oder sind sie uns vielleicht auch verheimlicht worden - ich will es nicht mutmaßen -, oder konnte sie die Situation eigentlich gar nicht richtig einschätzen? 140 Millionen Euro Defizit in 2015 trotz Teilersatzbau ist schon etwas anderes als positive Zahlen und 22 Millionen Euro Defizit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte auch erwähnen, was der Geschäftsführer des Klinikums Bremen-Mitte im Krankenhausausschuss im Mai gesagt hat. Auf meine Frage, wie er denn gedenkt, das KBM vor der Insolvenz zu retten, hat er gesagt, es besteht keine akute Insolvenzgefahr. Gut, wird so sein! Was teilen Sie hier eigentlich, insbesondere der Senat, dem Parlament für eine Sachlage mit? Das frage ich mich.

(Abg. Woltemath [FDP]: Die falsche!)

Ja, das glaube ich auch! Hinzu kommt ja noch, meine Damen und Herren, dass im damaligen Konzept vorgesehen war - und jetzt stöhnen wahrscheinlich alle wieder, wenn ich es wieder erwähne -, dass die Kliniken die Pensionszahlungen selbst erwirtschaften, und zwar ab 2009, wenn sie in den schwarzen Zahlen stehen. Davon sind wir natürlich weit entfernt. Damit kommen über 70 Millionen Euro Pensionslasten in unaufhaltsamer Geschwindigkeit auf die Stadt Bremen zu.

Eine weitere Wahrheit wird auch nicht gern gehört und schon gar nicht ausgesprochen. Das ist der Kontokorrentkredit, den ich immer wieder erwähne. Zitat aus dem Plenarprotokoll vom 19. Februar 2008, Frau Rosenkötter: „Natürlich durfte der Kontokorrentkredit wieder nicht fehlen. Auch dies ist im Geschäftsleben ein normales Verfahren.“ So Frau Rosenkötter! Ja, Frau Rosenkötter, Betriebsmittelkredite sind üblich, aber sie sind eben dafür gedacht, die Liquidität sicherzustellen, falls die Krankenkassen einmal nicht zeitnah zahlen. Aber was definitiv gegen die Landeshaushaltsordnung ist, ist, dass dieser Kredit für Investitio-

nen und Defizitausgleich herangezogen wird. Sie können den ja im Leben nicht zurückzahlen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben es auch vermieden, diese bis heute aufgelaufenen 60 Millionen Euro in den Haushalt einzustellen. Sie sagen selbst in einer Haushalts- und Finanzvorlage, dass der Kontokorrentkredit 2009 mit fast 90 Millionen Euro ausgeschöpft sein wird. Das können Sie nachlesen in einer Vorlage des Haushalts- und Finanzausschusses.

Meine Damen und Herren, das ist die Wahrheit, und das ist übrigens keine Skandalisierung!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich kann von uns sagen, dass wir die vorliegenden Fakten in den letzten Monaten - ich meine, das ist wirklich ein überschaubarer Zeitraum - einfach zusammengeführt und in einen logischen Zusammenhang gestellt haben. Mehr haben wir auch nicht getan. Nun kommt der neue GeNo-Chef und macht Ihnen klar, dass Sie vier bis fünf Jahre nichts getan haben und die Einschnitte härter werden und dass 1000 Vollzeitstellen abgebaut werden. Das ist eine Rosskur, und das ist ein Desaster für viele Mitarbeiter, junge und qualifizierte Mitarbeiter mit Familien. Das ist die Wahrheit, und das haben Sie, Frau Rosenkötter, zu verantworten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben hier jahrelang Kleinmaßnahmen vorgestellt, die Sie uns als Sanierungskonzept vorgestellt haben. Diese ganzen Kleinmaßnahmen sind übrigens auch nach dem neuen Gesundheit-Nord-Chef zu keinem Zeitpunkt geeignet gewesen, um an ein Sanierungskonzept zu denken oder davon zu sprechen. Das ist nicht meine Analyse, sondern die von dem neuen Chef.

Ich kann nur sagen: Wir haben Antworten des Senats auf 48 Fragen vom 13. Mai 2008, die sehr inhaltsfrei sind, wenn es um die Zukunft des KBM geht, denn am 25. Mai, nur einige Tage später, kommt doch von dem neuen Gesundheit-Nord-Chef, Dr. Hansen, eine ganz andere Analyse zur wirtschaftlichen Lage. Wir sind jetzt sehr gespannt, wie das Sanierungskonzept von Herrn Dr. Hansen vom Senat begleitet wird. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Brumma.

Abg. **Brumma** (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das war wieder das übliche Gejammer, Frau Dr. Mohr-Lüllmann! Sie zeichnen sich durch permanentes Gejammer aus! Ich habe aber in den letzten Jahren überhaupt keine Vorschläge von Ihnen gehört. Einen Vorschlag hatten Sie, dass die Rotation mit Herrn Lindner gemacht wird. Dann hätten wir ihn heute in Bremen-Mitte.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Jetzt werden die Geschäftsführer einfach hinausgeworfen!)

Dann sähe die Sache ganz anders aus!

(Zurufe von der CDU)

Ja, stehen Sie doch dazu! Sie waren hier in der Bürgerschaft - im Protokoll können Sie es doch nachlesen - damals für diese Rotationsentscheidung. Ich war nicht dagegen, ich habe es sehr deutlich gemacht, und zum Glück ist es auch nicht so gekommen, sonst hätten wir heute nämlich ein ganz anderes Drama.

(Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann [CDU]: Ach! Lesen Sie das einmal nach im Protokoll!)

Frau Dr. Mohr-Lüllmann, in den letzten vier bis fünf Jahren waren Sie mit an der Regierung, und plötzlich haben Sie damit nichts zu tun. Sie haben im Aufsichtsrat Entscheidungen mitgetroffen, da habe ich wenig Kritik zu diesen Sachen gehört.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Möllenstädt, dass diese Zeitverzögerung kam, war eine logische Folge. Wir haben auch immer darauf gedrängt, dass das PPP-Modell ordentlich durchgeführt wird, und wir haben auch immer gesagt, am Ende folgt ein Wirtschaftlichkeitsvergleich, eine Risikoabschätzung, und das hat der Senat gemacht.

Was die Anfrage anbetrifft: Es wurden sehr viele Zahlen zum KBM genannt, die angeblich fehlen. In dieser Anfrage des Senats wird einiges klargestellt, wie die Zahlen im KBM sind. Man muss natürlich sagen, der Aufwand ist immer noch größer als die Erlöse, aber wenn man genauer analysiert, sind die Fallzahlen gestiegen, die Verweildauer ist auch dort gesunken, und bei der individuellen House Base Rate gegenüber dem Landesbasisfallwert ist der Abstand kleiner geworden. Von daher kann man nicht sagen, dass in dem Haus nichts getan wurde. Es wurden auch im KBM sehr viele Maßnahmen durchgeführt, die in die richtige Richtung gehen, aber, wie gesagt, es muss noch mehr getan werden. In dem Zusammenhang muss deutlich gesagt werden, dass das neue Management in die richtige Richtung geht. Die Linie

zeigt uns auf, wir wollen hier sanieren, und das ist der richtige Schritt.

Wie soll jetzt die Sanierung laufen? Die Baumaßnahmen werden noch einmal überprüft. Warum nicht? Teilneubau ist richtig. Rot-Grün hat auch im Koalitionsvertrag eindeutig gesagt: Wir wollen die Stärkung der Steuerungs- und Entscheidungskompetenz der Holding sowie den Erhalt der einzelnen vier Klinikstandorte mit Ergebnisverantwortung und eine Verstärkung der standortspezifischen Profilbildung. Das ist alles noch in diesem Geleitschiff. Wir wollen auch die Serviceeinrichtungen zentralisieren, wir wollen sie an die Holding anbinden. Das heißt, hier gibt es Chancen, diesen Neubau zu reduzieren und noch viel sachgerechter nach den Anforderungen zu entwickeln. Von daher sehe ich hier nicht Ihre Angst und Ihr Aufbäumen. Ich finde, das liegt in der richtigen Richtung, und wir werden im Sommer vom Senat ein Konzept bekommen, wie genau das austariert wird.

(Abg. Röwekamp [CDU]: In welchem Sommer?)

In diesem Sommer! Das steht ja auch in der Anfrage, Herr Röwekamp, falls Sie sie gelesen haben.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Ja, die Antwort habe ich gelesen!)

Dort steht, wann die neuen Ausschreibungen und das neue Modell gemacht werden, und daran halten wir uns. Natürlich haben wir als SPD-Fraktion Probleme, dass ein Personalabbau folgen soll, aber das haben wir immer so eingeschätzt. In dem Krankenhausbereich bestehen nun einmal 70 Prozent der Kosten aus Personalkosten. Von daher wird es hier zu Stellenstreichungen, Stationszusammenlegungen und Organisationsveränderungen kommen. Wir haben auch immer gesagt, das muss noch in der Zeit, bevor der Neubau kommt, geschehen, und das wird jetzt vom Management durchgeführt.

Natürlich wird es in den einzelnen Details in der Mitbestimmungsfrage mit den Betriebsräten noch einige Auseinandersetzungen geben. Da wird es auch Probleme geben, wie man die Qualität aufrechterhält, aber dafür haben wir die Mitbestimmung, und ich vertraue ganz darauf, dass das Management dies gemeinsam mit den Betriebsräten hinbekommt.

Ganz wichtig ist hierbei die Pflegeleitung. Diese muss immer die Qualität der Patientenversorgung im Auge behalten. Das ganze Problem der Krankenhäuser ist ja nicht nur ein bremisches Problem. Man hört, ein Drittel der Krankenhäuser in

Deutschland ist gefährdet. Allein in Niedersachsen schreiben 50 Prozent der Häuser rote Zahlen. Hier sind wir also auch bundesweit gefordert, eine gewisse Entlastung zu bringen, und das werden wir natürlich in der Landtagssitzung auch diskutieren. Ich weiß, dass von unserer Seite bundesweit Bewegung hineinkommt. Wir haben auf dem Ärztetag Gesundheitsministerin Schmidt gehört, die eine Entlastung der Krankenhäuser angekündigt hat. Das werden wir aber zu gegebener Zeit im Landtag noch diskutieren.

Wie gesagt, der Verbund der Kliniken bei uns liegt mit seinen Personalkosten über dem Bundesschnitt. Wir wollen den Bundesschnitt erreichen, wir wollen keine Fantasiezahlen wie noch in der Tissen-Ära, der herausragende Krankenhäuser als Ziel genommen hat, sondern wir wollen den Bundesschnitt erreichen. Das, finde ich, ist ein richtiges Augenmaß, das vom Management vorgegeben wurde. Auch soll es keine betriebsbedingten Kündigungen geben, ein Notlagentarifvertrag soll auch ausscheiden. Das heißt natürlich, Stellen werden im Bereich Befristung und Altersabgänge abgebaut, aber da muss man sehen, dass man ein ausgewogenes Verhältnis erhält, damit die Qualität nicht leidet. Wichtig ist natürlich auch die Erstellung eines Personalinnenmarktes - soviel ich weiß, führt das Management hier Verhandlungen, die bald zum Ende geführt werden sollen -, und dieser Binnenmarkt bietet die Möglichkeit, hier aktiv zu werden, um eben auch Personal zwischen den Häusern austauschen zu können.

Der Frage der medizinischen Disziplinen will sich das Management erst später widmen. Ich sage aber, hier ist auch die Landeskrankenhausplanung gefordert. Es gibt in den Häusern gewisse Unsicherheiten, dass das Management einfach Disziplinen kürzt oder wegstreicht, aber das ist nicht so einfach, das muss natürlich durch die Landeskrankenhausplanung abgedeckt werden. Wir als Partei verfolgen da eine Linie von Kooperation, Qualität, Transparenz, Konzentration von Leistungen, aber auch, dass die integrierte Versorgung an unseren Häusern noch mehr verstärkt wird.

Unserer Meinung nach ist dieser Weg der richtige. Er muss allerdings sorgfältig und transparent gegangen werden. In diesem Zusammenhang ist natürlich auch eine abgestimmte interne und externe Kommunikationsstrategie notwendig. Hier, meinen wir, besteht noch Verbesserungsbedarf, denn wer ein solch wichtiges Projekt schultern will, muss natürlich alle mitnehmen, von den Betriebsräten über Beschäftigte bis hin zur Öffentlichkeit.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein Wort an die Beschäftigten im Klinikum Bremen-Mitte richten! Wir haben natürlich vollstes Verständnis, dass sie verunsichert sind. Wir hätten gern eine bessere Perspektive. Allerdings, wie schon gesagt, ist das ganze Problem auch ein bundesweites Problem und nicht nur ein bremsches. Wenn man die anderen Bundesländer hört, ist dort auch im Krankenhaussektor alles nicht so einfach. Wir hoffen aber, dass wir durch diese Maßnahmen auf Dauer auch eine Arbeitsplatzsicherheit garantieren können, denn für uns heißt Arbeitsplatzsicherheit auch eine gute Qualität in der Arbeit, und hier hat das KBM natürlich eine Chance.

Wir werden auch weiterhin den Neubau mit aller Kraft unterstützen, und wir hoffen und erwarten, dass der Zeitplan eingehalten wird und dass wir im Jahr 2012/2013 den Neubau in Angriff nehmen können, dass dort eingezogen werden kann und dass dort Erlöse und Gewinne oder zumindest eine schwarze Null herauskommen und damit die Zukunft für das Krankenhaus gesichert ist.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Brumma.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Oh, schade! - Beifall bei der CDU)

Abg. **Brumma** (SPD): Wie gesagt, das sind für uns die Voraussetzungen, und wir stehen zu dem Krankenhaus, und wir werden es weiterhin auch unterstützen. - Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt zwei Aspekte in dieser Debatte, die wir meines Erachtens auseinanderhalten müssen, nämlich die Vergangenheit einerseits und die Gegenwart und Zukunft andererseits. In der Tat, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, mir geht es immer noch so, wie Sie mich zitiert haben: Wenn wir jeden Monat einmal ausschließlich über die Vergangenheit reden, dann tun wir nichts, was den Kliniken, und hier im

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

konkreten Fall dem Klinikum Bremen-Mitte, wirklich hilft,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

sondern wir müssen, so wie das in der Gesundheit Nord im Moment passiert, über die Zukunft streiten, und das will ich auch gern mit Ihnen tun. Was die Vergangenheit angeht, will ich aber trotzdem ein paar Worte sagen, weil ich finde, es ist doch auch überhaupt niemand hier in diesem Hause, der bestreiten würde, dass es in der Vergangenheit Probleme im Bereich der kommunalen Kliniken in Bremen gegeben hat.

(Zuruf von der [CDU]: Auch Herr Brumma!)

Nein, auch Herr Brumma bestreitet das nicht, das hat er hier nie getan! Angefangen hat das mit der Besetzung der Stellen Lindner und Tissen, die uns Riesenprobleme gemacht, einen Untersuchungsausschuss und bundesweit ein negatives Image beschert und uns im kommunalen Krankenhausbereich wirklich erst einmal ganz tief nach unten gezogen hat. Das ist doch einfach so, das muss man sagen!

Danach war meines Erachtens der Hauptgrund, warum wir auch nach der Aufdeckung von Herrn Lindner und Herrn Tissen noch große Probleme hatten, dass wir lange Zeit die entscheidenden Führungsstellen in dem Bereich nicht besetzt hatten. Ich finde, auch da ist doch vollkommen klar, dass man gar nicht darum herumreden kann, dass das für so einen Klinikverbund ziemlich schwierig ist, wenn sowohl die Leitung der Holding als auch die Leitung der einzelnen Häuser nicht besetzt sind. Es hat sehr lange gedauert, geeignete Führungskräfte zu finden. Das gehört aber alles zu dem Kapitel Vergangenheit. Ich weiß gar nicht, warum Sie sich aufregen, ein großer Teil dieser Vergangenheit liegt in der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung. Da brauchen wir uns also gar nicht hin und her hier Schuldzuweisungen zuzuschieben, sondern es ist ein Problem, das die Kliniken mit dieser Nichtbesetzung der Führungsstellen gehabt haben.

Wir haben auch ein Problem, speziell am Klinikum Mitte, mit der Umsetzung des Masterplans gehabt. Auch darüber muss man doch offen reden, natürlich erst die Verfolgung des PPP-Modells und dann jetzt eine Änderung auf eine andere Strategie.

All das kostet jede Menge Zeit, und Zeit ist natürlich Geld in Zeiten, wo wir in den kommunalen Kliniken im Wesentlichen rote Zahlen schreiben.

Auch das ist ein Punkt, der meines Erachtens hier völlig klar gesagt und anerkannt werden kann.

Wenn wir uns über diese Probleme der Vergangenheit einig sind, dann verstehe ich nicht, wie Sie sich beziehen auf das, was jetzt im Moment und in der Zukunft abläuft. Sie haben mehrfach Herrn Hansen zitiert. Jetzt tun Sie aber so, als sei Herr Hansen quasi entweder dieser Regierung aufgedrückt worden oder der Gesundheitssenatorin oder hätte sich selbst hier irgendwie ins Spiel gebracht. Wer hat Herrn Hansen denn geholt? Wer hat ihn eingestellt? Wer hat ihn denn beauftragt mit dem, was Sie hier zitiert haben? Das ist doch die rot-grüne Regierung, das ist doch die Gesundheitssenatorin gewesen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Sie hat es doch veranlasst, dass genau dieser Herr Hansen jetzt mit dieser sehr messerscharfen Analyse kommt und die Probleme noch einmal benennt. Er ist doch nicht von irgendwem hier nach Bremen eingeflogen worden, sondern es ist doch der Wunsch dieser Regierung gewesen, mit der Besetzung der Führungsstellen in den verschiedenen Kliniken jetzt auch eine klare Analyse dessen zu bekommen, woran wir hier kranken. Ich bin darüber sehr froh. Wir müssen jetzt wirklich einmal anfangen, über die Zukunft zu reden! Sehr geehrter Herr Dr. Möllenstädt und Frau Dr. Mohr-Lüllmann, jeden Monat halten Sie 90 Prozent Ihrer Reden über die Vergangenheit. Lassen Sie uns über die Zukunft reden!

(Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann [CDU]: Die Überschrift ist Zukunft! - Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Sollen wir eure Arbeit auch noch machen?)

Die grüne Fraktion unterstützt in allen wesentlichen Grundzügen den Ansatz, den Herr Hansen jetzt gewählt hat, im Einklang mit den Geschäftsleitungen der kommunalen Krankenhäuser. Ich glaube, dass er alternativlos ist. Ich glaube, dass er eher die Zahlen ohne Beschönigung auf den Tisch gelegt hat. Ich glaube, es gibt auch eine gute Chance, dies mit den Beschäftigten der Kliniken zusammen zu machen.

Wenn man sich das einmal anschaut, wenn Sie jetzt „Stellenabbau“ sagen, dann werden die Beschäftigten mit ihren Familien und Kindern sozusagen in Armut und sonst was getrieben. Es wird niemandem gekündigt, es werden Stellen im Rahmen der Fluktuation in der Tat abgebaut. Das ist schwierig, weil für die bestehenden Mitarbeiter, die dann noch tätig sind, die Arbeitsverdichtungen zunehmen und sich die Arbeitsbelastungen erhöhen. Das ist natürlich ein großes Problem. Es war

aber schon weitestgehend vereinbart, dass wir in Richtung Notlagentarifvertrag - dieser schöne Zukunftssicherungstarifvertrag, ZuSi - gehen, wo die Mitarbeiter, die jeden Tag im Klinikum arbeiten, erhebliche Zugeständnisse beim Einkommen hätten machen müssen, etwas, wo ja ohnehin schon sehr schwere Arbeit, die täglich geleistet wird, mit sehr wenig Geld vergütet wird und wo noch einmal weiter heruntergegangen wird. Das ist vermieden worden.

Das heißt also, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Klinikums haben erstens einen sicheren Arbeitsplatz, weil sie eine klare Garantie haben, dass ihnen nicht gekündigt wird, und zweitens müssen sie nicht bei dem relativ spärlichen Gehalt, das sie ohnehin schon haben, noch Zugeständnisse bei einer Tarifabsenkung machen. Das ist ein Angebot, das, finde ich, auf jeden Fall auch auf der Seite der Beschäftigten klare Verhandlungsgrundlage sein kann und bei dem ich glaube, dass am Ende des Tages die Beschäftigten auch des Klinikums Bremen-Mitte, bei aller berechtigter Kritik noch im Detail und bei allen Dingen, die dort noch zu klären sind, mitziehen werden, weil es den Beschäftigten auch erhebliche Vorteile bringt. Das muss hier einmal gesagt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Wir werden einen Personalabbau und einen Bettenabbau bekommen. Das halte ich für alternativlos. Der ist übrigens schon über die letzten Jahre so gelaufen. Der wird sich jetzt noch einmal erhöhen und beschleunigen. Das ist in der Tat jetzt der Stand, den Herr Hansen vorgelegt hat. Wir werden auch eine Stationskonzentration bekommen, und wir werden auch bei dem im Masterplan genannten Neubau des Klinikums Bremen-Mitte an der Bismarckstraße eine Konzentration hinbekommen, die einerseits die Möglichkeiten Bremens bei der Finanzierung berücksichtigt und andererseits aber auch die Notwendigkeiten der Sanierung - das heißt Konzentration, Abbau von Betten und auch Abbau von Stationen - mit beinhaltet. Ich glaube, dass dies alles schon längst, während Sie es hier noch immer wieder einfordern, in Arbeit ist, ich glaube, Sie wissen es auch.

Wenn es in dieser Anfrage nicht im Detail genannt werden kann, so muss ich zugeben, dass dies für Parlamentarier schwer erträglich ist. Wir sind ja Parlamentarier, und wenn Sie als Parlamentarier eine Frage stellen, wollen Sie eine glasklare Antwort haben. Wenn der Aufsichtsrat sich mit diesen Dingen beschäftigt und diese Dinge noch nicht beschlossen hat, kann man sie dem Parlament auch nicht mitteilen, weil das unseriös wäre, wenn

man ohne Aufsichtsratsbeschluss Details aus Aufsichtsratsvorberatungen quasi hier dem Parlament mitteilen würde, die noch gar nicht beschlossen sind. Da müssen Sie sich einen Moment gedulden, bis die Zahlen so weit sind und der Aufsichtsrat das beschlossen hat. Das finde ich auch erträglich, obwohl ich Ihren Unwillen verstehen kann, dass Sie die Zahlen gern schneller hätten.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Wir erfahren
sie ja in der Regel aus der Zeitung!)

Das ist bestimmt nicht mein Problem, ich habe sie der Zeitung nicht gegeben!

Wenn man sich jetzt noch einmal anschaut, was im Bereich der Gesundheit-Nord-Holding passiert, so glaube ich, dass das, was hier gemeinsam im Hause auch Ihre Überzeugung immer war - dass wir weit über den IT-Bereich hinaus im Bereich der Apotheke, des Einkaufs, der zentralen Logistik dies gemeinsam auf Holding-Ebene organisieren können und somit zu größeren Einspareffekten kommen, um das erwartete Defizit zu reduzieren - jetzt klare Politik des Senats, der GeNo und aller Beteiligten ist. Ich glaube, dass Sie nun mit dem, was Sie hier noch ein bisschen schüren wollen, mit dieser Unsicherheit, hier gar nicht mehr weiterkommen.

Ich habe ja gesagt, ein großes Problem war, dass die entscheidenden Stellen lange nicht besetzt waren. Jetzt, da sie besetzt sind, geht die Mannschaft, die dort am Start ist, finde ich, sehr zügig und tatkräftig zuwege, und mein Eindruck ist, dass sowohl im Senat als auch in beiden Fraktionen diese Mannschaft, die da jetzt am Start ist, eine klare Unterstützung hat, diesen Kurs auch zu fahren. Dann, würde ich sagen, unterstützen Sie diesen Kurs, wenn Sie ihn für richtig halten, tun Sie das, beteiligen Sie sich an der Diskussion an der einzelnen Maßnahme, da gibt es sicherlich etwas, das man noch besser machen kann! Machen Sie die Vorschläge, wo noch Veränderungen sein müssten!

Dann versuchen wir jetzt, zugegebenermaßen spät, zugegebenermaßen auch unter Inkaufnahme zahlreicher aufgelaufener Defizite in den letzten Jahren, wo es diese Schwierigkeiten gab, die ich einräume, diesen Kurs zu fahren, um bis 2012 nicht nur das Klinikum Bremen-Mitte, sondern auch alle vier Kliniken im kommunalen Klinikverbund wieder auf einen guten Weg zu bringen. Das, finde ich, sollten wir uns jetzt vornehmen.

Wir sollten wirklich aufhören, jetzt im Juli schon wieder die gleiche Debatte zu führen, ich kann es wirklich auch nicht mehr hören, sondern sollten

uns jetzt darum streiten, was im Rahmen dieses von Ihnen auch für richtig befundenen Konzeptes im Einzelnen noch getan oder verbessert werden muss. Da können Sie gern Anträge stellen, wir werden es auf jeden Fall sachlich mit Ihnen diskutieren. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Beilken.

Abg. **Beilken** (Die Linke): Verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Vorweg erlauben Sie mir bitte, schöne Grüße von unserem gesundheitspolitischen Sprecher Herrn Erlanson auszurichten, der hier leider nicht zu diesem Thema sprechen darf.

(Abg. Frehe [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir sollten das nicht mehr akzeptieren! Es ist gutes parlamentarisches Recht!)

Die Grüße werden hoffentlich auch akzeptiert. Wie gesagt, es war in diesem Moment jetzt hier kein Protest, aber das behalte ich mir natürlich vor. Es waren im Moment gerade einmal Grüße.

Ich möchte mich auf drei Punkte konzentrieren, und zwar zum Ersten die jüngere Geschichte, aus der zum Zweiten materielle Schäden hervorgegangen sind, und zum Dritten zur Frage der politischen Verantwortung und Perspektive.

Zunächst einmal möchte ich für die Linke feststellen, dass wir es grundsätzlich begrüßen, dass das ÖPP-Modell, also öffentlich private Partnerschaften, um es in deutscher Sprache auszudrücken, für das Klinikum Mitte gestoppt wurde. ÖPP-Modelle bedeuten immer Teilprivatisierung, mindestens aber Einfallstore für herumvagabundierendes Kapital, das nach Anlagemöglichkeiten sucht und nur vom Shareholder Value beseelt ist. Dies ist ja mittlerweile schon allgemein bekannt, ich erwähne das deswegen nur kurz. In seinem Buch „Heuschrecken im öffentlichen Raum“ beschreibt der gewerkschaftsnahe Autor Werner Rügemer ÖPP-Modelle. Wir werden möglicherweise gelegentlich noch darauf zurückkommen, deswegen ist es gut, das hier einmal klar festzuhalten, auch wenn jetzt gerade alle einer Meinung sind, was ich sehr hoffe, dass ÖPP-Modelle als moderne Lügenmärchen und als gefährliche Mogelpackung zu bezeichnen sind.

In Bremen wurde das ÖPP-Modell sogar von den Verfechtern, zum Beispiel Herrn Bremermann, in Krankenhauszeitungen als Alternative zur Privatisierung beworben. Rügemer hingegen stellt dazu

fest, ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin: „In Wirklichkeit stellt ÖPP eine neue Form der Wertschöpfung für die Privaten dar.“ Auch und gerade in Bremen hat sich gezeigt, dass die Privaten nicht wirklich Geld für das in einer Haushaltsnotlage sich befindende Bremen mitbringen. Der Bierdialog wurde von Bremen noch rechtzeitig abgebrochen.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Alles Vergangene!)

Diese Vergangenheit wirkt aber auf die Gegenwart fort. Deswegen habe ich das angekündigt. Wir gehen von der jüngsten Geschichte aus,

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das PPP-Modell ist tot, Sie reden über Leichen!)

denn da sind die Schäden entstanden, auf die ich als Nächstes zu sprechen komme, und auf den Schäden aufbauend müssen wir ja nun einen Weg finden und nicht das Ganze in ähnlicher Weise verkehrt machen. Das ist eben der Grund, warum ich dazu hier ein bisschen aushole.

Die Privaten haben eine Standortsicherheitsgarantie gefordert, nach der sie dann 30 Jahre Sicherheit von Bremen haben wollten, und demokratische Krankenhausplanung wäre nicht mehr möglich gewesen, es wäre nur noch Profitsicherungsgarantie das Primat gewesen. Teile der Bremer Politik, der Stadtteilvertreter und der Behörden haben allerdings dabei mitgespielt.

Ich komme zum Punkt materielle Schäden, die in der Antwort, um die es hier geht, aufgelistet wurden, und zwar zu Frage 16 und 17.

(Unruhe bei der FDP)

Entschuldigung, lieber Kollege Dr. Buhlert, es ist nicht meine Aufgabe, Sie darauf hinzuweisen, dass solche Gespräche dann doch stören, aber ich habe es jetzt mal ausnahmsweise gemacht. Entschuldigung!

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Dann regen Sie mich doch nicht so auf mit Ihrem Quatsch!)

Sie können das sonst nicht aushalten? Na, das kann ja so schwer nicht sein!

Es sind schließlich Fakten. Der Schaden beläuft sich zunächst auf 12,76 Millionen Euro, die in den Antworten Nummer 16 und 17 dargestellt wurden. Damit sind allerdings nur die Kosten für Gutachten, Rechtsanwälte und Umsetzungen der alten und neuen Ausschreibungen berücksichtigt. Der inzwischen eingetretene Substanzverlust des Ei-

genkapitals durch jahrelanges Warten auf den großen, segensreichen ÖPP-Masterplan wird von den verschiedenen Gremien der Holding unterschiedlich beziffert. Auch hier wird es sich gewiss um Millionenbeträge handeln.

Hinzu kommt an dieser Stelle noch, dass die Landesbasisrate deutlich unter der Basisrate des Krankenhauses Bremen-Mitte liegt. Nach den Angaben in Ziffer 18 ist die Differenz etwas kleiner geworden. Trotzdem liegen die Verluste pro behandeltem Fall zwischen maximal 369 Euro und minimal 240 Euro. Nach dieser Statistik, wenn man von 40 000 Fällen ausgeht, ergibt sich nach meiner Rechnung eine Million Euro, die dann hier defizitär wirkt. Die realen Verluste vermuten Fachleute noch höher. Alles in allem zeigt sich, dass das Spekulieren, das Zuwarten, das Hoffen und das Basteln und das Vor-und-Zurück in Sachen ÖPP dem Krankenhaus Bremen-Mitte unglaublich geschadet hat, und auch der Bremer Politik insgesamt.

Wir kommen zur politischen Verantwortung und zu den Perspektiven! Man muss unterscheiden, zunächst haben natürlich die CDU und FDP auch in dieser ÖPP-Richtung gedrängelt und haben insofern schon einmal als Erstes das Recht, hier genannt zu werden.

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Wir haben nie auf ein PPP-Modell gedrängelt!)

Das habe ich hier allerdings schon miterlebt, obwohl es vorher schon der Fall war, Sie können das ja dann richtigstellen, wenn Sie in Richtung ÖPP nicht gedrängelt haben. Das wäre ja interessant.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn interessiert das denn, ob die FDP da gedrängelt hat oder nicht, das ist alles Schnee von gestern!)

Dann muss man mich damit jetzt nicht aufhalten! Wir kommen zu den politisch Verantwortlichen!

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf!)

Vielen Dank für Ihre Geduld! Es ist natürlich warm heute und so weiter, ist alles ein wenig schwierig.

Ich fahre fort! Frau Röpke, Herr Knigge, Herr Bremermann und Herr Gruhl und noch einige andere Behörden- und Holdingvertreter sind als Nächste zu nennen. Frau Röpke und Herr Knigge sind zurückgetreten. Wie es überhaupt zu diesem alternativen und nicht zu diskutierenden Masterplan gekommen ist, welche Verstrickungen bei wem,

wie und wo vorliegen, es sind ja immerhin Verluste im zweistelligen Millionenbereich gemacht worden, das ist niemals aufgeklärt worden. Von daher sind Zweifel an den angeblich gezogenen politischen Konsequenzen angebracht.

Politische Verantwortung aktuell tragen nunmehr bekanntermaßen Frau Senatorin Rosenkötter, Herr Dr. Schulte-Sasse, Herr Dr. Gruhl ist dabei geblieben, und Herr Hansen ist neu dazugekommen. Wir haben zu der aktuellen politischen Verantwortung, wie sie wahrgenommen wird, zwei Anmerkungen! Erstens, die demokratische Kontrolle anstatt zentraler Machtstruktur! Nach dem Untersuchungsausschuss zu Lindner und Tissen wurden gesellschaftsrechtliche Konsequenzen für die Holding gezogen. Dabei ging es um starkes Durchgriffsrecht bis zu den lokalen Aufsichtsräten. Der Geschäftsführer der Holding sitzt, meines Wissens, in dem Aufsichtsrat der einzelnen Einrichtungen. Das ist eine starke Zentralisierung.

Im Endeffekt haben wir leider wie bei Tissen einen starken Mann, nur diesmal mit noch mehr Macht ausgestattet. Gerade vor den gemachten und geschilderten Erfahrungen ist Die Linke allerdings der Meinung, es handelt sich hier um eine falsche Konsequenz. Die Macht im Konzern müsste im Gegenteil entflechtet werden und demokratisch durch einen eigenen Krankenhausausschuss kontrolliert werden.

Zweite Anmerkung zur politischen Zukunft: Statt Kündigungen Konzepte und Investitionen! Hier wird das wieder auf eine Art fortgesetzt, und das ist eben das große Problem und die Gefahr. Deswegen gehe ich noch einmal zurück zu Herrn Tissen, der als neuer Geschäftsführer keine Ahnung von Bremer Problemen hatte, aber innerhalb kurzer Zeit personelle, medizinische und pflegerische Strategiekonzepte vorgelegt hatte. Das war ein Schnellschuss, der das Krankenhaus Bremen-Ost auf die Barrikaden brachte. Mehrere Kündigungen wurden von Herrn Tissen ausgesprochen, und zum Glück brachen Kündigungs- und Strategiekonzepte sehr schnell auseinander beziehungsweise fielen in sich zusammen. Herr Hansen hat nunmehr im Krankenhausausschuss erklärt, dass er zurzeit weder ein personelles noch medizinisch-pflegerisches Konzept habe.

(Unruhe bei der CDU und bei der FDP)

Er brauche keines, da er als Sanierer eingestellt sei.

Dem erfolgreichsten Geschäftsführer der Holding, Herrn Stremmel, der die Kündigungsandrohung von Herrn Tissen noch überlebt hatte, wurde nun von Herrn Hansen gekündigt, und es ist uns eben-

so unverständlich und nach den Erfahrungen auch kontraproduktiv, wie das von der Belegschaft gesehen wird. Herr Hansen kündigt konzeptlos dann eben 1000 Stellen, wie hier auch schon angemerkt wurde. Das ist, meines Erachtens, nicht die Richtung, die wir verfolgen sollten. Was auch immer Manager und Senatoren falsch machen, die Zeche zahlen die Küchenarbeiterinnen, Reinigungskräfte, prekär beschäftigte Krankenschwestern und -pfleger, ja sogar die Ärzteschaft.

Die Zukunft für die Krankenhäuser Bremen-Mitte, -Ost, -Nord und Links der Weser ist nur möglich, wenn die Pensionslasten für Beamte übernommen werden und wenn die Investitionskosten, so wie es das Gesetz vorsieht, getragen werden. Die Linke hat die entsprechenden finanzpolitischen Anträge auf entsprechende Aufstockung des Eigenkapitals gestellt, das wäre auch die Lösung für das Krankenhaus Bremen-Mitte gewesen, allerdings haben Sie diese abgelehnt. Bloß, das Problem bleibt trotzdem zu lösen. Dazu möchten wir von Ihnen Vorschläge haben! - Danke!

(Beifall bei der Linken)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befassen uns heute aus Anlass der Großen Anfrage der FDP mit der Zukunft des Klinikums Bremen-Mitte. Was ich gehört habe, war weit weniger in die Zukunft gerichtet als vielmehr eine Aneinanderreihung von Zitaten aus Protokollen, von eigenen Äußerungen, von Zahlen, Daten und Fakten, die aber erneut in Zusammenhänge gestellt worden sind, wie sie nicht existieren. Deswegen ist es, glaube ich, richtig, hier noch einmal auch wirklich auf das Thema „Zukunft des Klinikums Bremen-Mitte“ an einigen Punkten einzugehen.

Die Debatte darf in der Tat nicht isoliert nur zum Thema Klinikum Bremen-Mitte geführt werden, sondern wir müssen in diesem Zusammenhang ganz klar sehen, wie die bundesweiten Trends sind und dass hier auch die Situation - die kritische Situation, das will ich ganz deutlich sagen - des Klinikums Bremen-Mitte eben nicht ein Einzelfall ist, gleichwohl ein Fall, in dem wir uns mit der Situation nicht abfinden können und in dem eigene große Anstrengungen unverzichtbar sind.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, das Klinikum Bremen-Mitte stellt mit 960 vollstationären Betten in 19

Fachdisziplinen das medizinische Schwerpunktzentrum der Maximalversorgung in der Region dar. Es werden jährlich 100 000 Patientinnen und Patienten behandelt, das wollen wir auch für die Zukunft so erhalten, insgesamt im Verbund, für alle und für Bremen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Um dieses Ziel erreichen zu können, ist ein abgestimmtes Gesamtkonzept erforderlich. An diesem Gesamtkonzept, Herr Dr. Möllenstädt, das wird Sie ja interessieren, arbeitet derzeit die Geschäftsführung der Gesundheit Nord in engster Abstimmung mit den Geschäftsführern der vier Klinikverbunde. Ich will an dieser Stelle sagen: Es ist gut, dass wir bei allen Kliniken hier auch die fehlenden Besetzungen vorgenommen haben und insgesamt in der Geschäftsführung der Gesundheit Nord mit Herrn Dr. Hansen und zukünftig mit Herrn Richter eine Geschäftsführung haben, die hier in engster Abstimmung mit den Verbundkliniken, den vier Kliniken vor Ort, dieses Gesamtkonzept auch weiter voranbringen kann.

Nachdem das PPP-Verfahren zur Finanzierung des ursprünglichen Masterplans für beendet erklärt wurde, verfolgen wir das Ziel, den Masterplan im Rahmen einer Eigenlösung zu realisieren. Die Stadtbürgerschaft hat dazu am 19. Februar 2008 auch einen Beschluss gefasst und dieses Ziel unterstützt. Wir halten dabei an diesem Ziel fest, die vorhandene Pavillonstruktur zu überwinden und durch einen Teilersatzneubau zu ersetzen.

Dennoch, und das sage ich ganz bewusst, ist eine detaillierte Überprüfung und Überarbeitung des bisherigen Masterplans erforderlich. Von zentraler Bedeutung ist dabei selbstverständlich der finanzielle Rahmen. Für den alten Masterplan wurden 2006 Baukosten von rund 204 Millionen Euro ermittelt. Seit Ende 2006, das wissen wir alle, sind jedoch deutliche Baupreisentwicklungen zu verzeichnen, die sich sicherlich auch über das Jahr 2008 hinaus fortsetzen werden. Der alte Masterplan würde also zum jetzigen Zeitpunkt rund 260 Millionen Euro Kosten verursachen. Die Baukosten für die notwendigen Ersatzneubauten am KBM müssen aber durch geeignete Maßnahmen auf den angestrebten Rahmen - und ich habe das schon einmal hier im Parlament gesagt - von maximal 200 Millionen Euro beschränkt werden.

Das Klinikum Bremen-Mitte hat seinem Aufsichtsrat am 23. Mai 2008 ein Konzept zur Reduzierung des Bauinvestitionsvolumens am Standort Mitte vorgelegt. Bei den neuen Planungen wurde jetzt zum Beispiel der Flächenbedarf pro Bett entspre-

chend den aktuellen und hier auch wiederum bundesweiten Standards zugrunde gelegt. Für den überarbeiteten Masterplan KBM ergibt sich nach der Neuplanung ein voraussichtlicher Investitionsbedarf in Höhe von rund 198 Millionen Euro. Das Klinikum Bremen-Mitte wird in diesem Rahmen zukünftig 740 stationäre Betten, 35 tagesklinische Betten sowie 14 Dialyseplätze vorhalten.

Sie sehen daran, dass hier natürlich auch im Bereich der Prozessoptimierung und der Organisationsentwicklung ganz wichtige Schritte vorangetrieben werden müssen, und das ist auch mit den Geschäftsführungen der vier Kliniken so vereinbart. Der Aufsichtsrat des Klinikums Bremen-Mitte hat in einer Sitzung am 23. Mai 2008 beschlossen, auf dieser Grundlage - vorbehaltlich natürlich der Zustimmung des Senats sowie des Haushalts- und Finanzausschusses - Planungsausgaben in Höhe von 5 Millionen Euro freizugeben. Ich beabsichtige, dies dem Senat zu empfehlen und den Beschluss des Aufsichtsrates zu unterstützen.

Meine Damen und Herren, die vom Klinikum Bremen-Mitte entwickelte Reduzierung des Investitionsbedarfes ist durchaus positiv zu bewerten. Man muss jedoch darauf hinweisen, dass die Reduzierung auch wesentlich durch eine Herausnahme patientenferner Dienstleistungen wie Zentralapotheke, Ver- und Versorgungszentrum, zentrale Verwaltungsdienste aus dem Masterplan und deren Zuordnung zu verbundübergreifenden Zentrallösungen ermöglicht würde. Diese Überlegungen müssen in den nächsten Wochen konkretisiert und die entsprechenden Investitionsbedarfe, Kosten und Nutzen ermittelt werden. Gegenwärtig wird dafür ein Investitionsvolumen von 32 Millionen Euro geschätzt. An anderen Standorten des Verbundes werden bis 2015 schätzungsweise weitere 21 Millionen Euro erforderlich werden.

Die so angedachten Lösungen sind für den Klinikverbund richtungsgebend und wichtig für die gesamte Weiterentwicklung des Verbundes. Die Teilersatzneubauten im Rahmen des Masterplans Klinikum Bremen-Mitte sind eine wichtige Voraussetzung für die Herstellung der Zukunftsfähigkeit des Klinikums, sie sind aber nur ein Teil der Lösung. Die allein aus dem Masterplan resultierenden Effekte reichen nicht aus, zudem treten sie, und das wissen wir, in vollem Umfang erst nach Abschluss der Baumaßnahme ein.

Meine Damen und Herren, die Geschäftsführung der Gesundheit Nord hat eine grundlegende Analyse der wesentlichen Kosten- und Erlösstrukturen im gesamten Klinikverbund vorgenommen und diese auch vorgelegt. Dabei zeigt sich, dass in unseren Verbundkliniken Faktoren, die für die Ergebnisgestaltung von maßgeblicher Bedeutung

sind, von bundesweiten Standards und Entwicklungen deutlich abweichen. Die Geschäftsführung hat in einem Handlungskonzept Wege zur Sanierung des Klinikverbundes umrissen.

Eine der zentralen Leitlinien dieses Konzeptes ist die grundsätzliche Orientierung steuerungsrelevanter Kennzahlen an bundesweiten Standards. Das Konzept sieht wegen der sehr hohen Bedeutung der Personalkosten im Krankenhauswesen eine Personalreduzierung von rund 950 Stellen im Verbund vor. Damit würde eine Personalkostenquote im Verhältnis zu den Gesamtkosten von 65 Prozent erreicht werden. Das ist übrigens etwas - Frau Dr. Mohr-Lüllmann, da muss ich ganz deutlich sagen, was Sie hier formuliert haben, wir würden mit diesen Personalkosten Verzögerungen der ganzen Vorgaben kompensieren -, das einfach nicht richtig ist. Wir haben hier eine viel zu hohe Personalkostenquote von über 70 Prozent.

(Abg. Strohmänn [CDU]: Wann hat sie das gesagt?)

In ihrem Redebeitrag hat sie dies deutlich gesagt!

(Abg. Strohmänn [CDU]: Das hat Herr Brumma gesagt!)

Wir müssen auf den bundesweiten Standard kommen, der derzeit schon weit unter 65 Prozent liegt. Das heißt also, in der Gesundheit Nord liegen wir derzeit bei 74 Prozent. Um möglichst rasch wirtschaftliche Wirkungen zu generieren, müssen wir einfach diese Schritte auch ganz systematisch und grundsätzlich weitergehen, und wir brauchen - der Geschäftsführer der Gesundheit Nord hat dies auch verfügt - einen sofortigen Einstellungsstopp. Ich unterstütze diese Zielsetzung ausdrücklich. Eine deutlich höhere Personalkostenquote, und ich glaube, da müssen Sie mir alle zustimmen, als der Bundesdurchschnitt kann sich der kommunale Klinikverbund und kann sich letztendlich Bremen nicht mehr leisten. Über die Erlöse lässt sich ein solcher Personalüberhang nicht finanzieren.

Meine Damen und Herren, das ausdrückliche Ziel des Senates ist es weiterhin, die vier Klinikstandorte in kommunaler Trägerschaft zu erhalten. Demzufolge gibt es für den Personalabbau auch keine realistische Alternative. Dieser Personalabbau wird, und so sind die Planungen, und ich finde, das ist etwas außerordentlich Wichtiges, ohne betriebsbedingte Kündigungen auskommen. Er wird durch Nutzung der natürlichen Fluktuation in den Häusern erreicht werden, allerdings auch nur dann, wenn hier ab sofort die Umsetzung begon-

nen wird, weil nämlich in den Jahren ab 2010 die Fluktuation stark zurückgehen wird.

Neben der Personalreduktion sieht das Handlungskonzept zur Sanierung des kommunalen Klinikverbundes natürlich weitere Maßnahmen vor. Es geht zum einen um eine Fallzahlsteigerung, zum anderen um die weitere Verkürzung der Verweildauer - übrigens, das sind alles Maßnahmen, die in bundesdeutschen Kliniken längst auch in der Folge zu beobachten sind - und damit eine einhergehende Verbesserung der Auslastung. Ich habe das vorher schon angesprochen, wir brauchen auf diesem Wege - und auch das ist mit den Geschäftsführungen der vier Klinikstandorte eingeleitet - Prozessoptimierung und Organisationsentwicklung, die ein zentrales Thema darstellen.

Die von der Geschäftsführung der Gesundheit Nord aufgezeigten Wege in die Sanierung müssen nunmehr in das konkrete Umsetzungskonzept überführt werden, und die aufgezeigten Sanierungswege werden dazu führen, dass wir im Verbund mittelfristig ab 2010 ausgeglichene Jahresergebnisse haben werden. Sie haben das hier ja noch einmal anhand von zurückliegenden Zahlen erläutert, ich sage das hier noch einmal ganz deutlich, wir werden ab 2010 ausgeglichene Jahresergebnisse haben. Das möchte ich ganz besonders herausstellen, weil Sie hier ja auch sehr viel Wert legen - ich im Übrigen auch - auf die Sicherung der Arbeitsplätze ganz grundsätzlich. Wir werden dies ohne einen sogenannten Notlagentarifvertrag möglich machen. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird kein Lohn- oder Gehaltsverzicht abverlangt. Die individuelle Arbeitsplatzsicherheit ist gewahrt, standortübergreifende Versetzungen werden jedoch unumgänglich sein, das will ich hier auch in dieser Deutlichkeit sagen. Befristete Arbeitsverträge werden nur in sehr begrenztem Umfang verlängert werden können.

Meine Damen und Herren, angesichts der allgemeinen Haushaltsslage ist ein weiteres positives Ergebnis der Sanierung besonders hervorzuheben. Ich komme noch auf das Thema, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, was Sie erneut noch einmal hier in die Debatte gebracht haben, nämlich den Kontokorrentkredit, der auch eine Vereinbarung darstellte, die in einer Zeit mit dem Finanzsenator geschlossen worden ist - -.

(Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann [CDU]:
Es geht nicht um den Kredit!)

Wenn Sie sich dafür die Richtlinien noch einmal anschauen, werden Sie etwas anders argumentieren! Die Gesundheit Nord wird in der Lage sein -

und ich finde, das ist etwas, was man hier durchaus hervorheben kann - ,

(Abg. Strohmann [CDU]: Das ist ein Kontokorrent- und kein Betriebsmittelkredit!)

nicht nur den stark angewachsenen Betriebsmittelkredit von zurzeit 67 Millionen Euro bei der Landeshaushaltskasse zurückzuführen, sondern auch die Kapitalkosten für die notwendigen Investitionen am KBM sowie im Verbund zu finanzieren. Eine Tilgung der längerfristigen Verbindlichkeiten kann der Verbund jedoch nur bewerkstelligen, wenn der Träger, das heißt die Freie Hansestadt Bremen, auch einen angemessenen Beitrag zur Sanierung leistet, und auch das will ich hier sagen. Dieser könnte in der Übernahme der Pensionsverpflichtungen liegen, die er seinerzeit bei Gründung der Klinikgesellschaften unter bestimmten Bedingungen grundsätzlich bereits vorgesehen hatte.

Meine Damen und Herren, ich will das hier gern noch einmal aufnehmen: Es nützt uns keine Aneinanderreihung von Fakten aus zurückliegenden und unterschiedlichen Zusammenhängen, sondern es ist wichtig, dass hier jetzt auch gemeinsam dieser Weg nach vorn gegangen wird. Wir werden im Jahr 2015 einen kommunalen Klinikverbund haben, der auf einer soliden finanziellen Basis und auf hohem fachlichem Niveau seinen Beitrag zur medizinischen Versorgung der Patientinnen und Patienten in Bremen und der Region leistet. Ich bitte Sie, die Kliniken der Gesundheit Nord auf diesem Weg zu unterstützen, und ich gehe davon aus, dass wir hier auch weiterhin sachlich in den dafür vorgesehenen Gremien über diese Themen diskutieren. - Vielen herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Möllenstädt.

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sie kennen das ja schon, am Ende einer Debatte bietet es sich geradezu an - gerade für denjenigen, der die Fragen ja auch gestellt hat für die Fraktion -, vielleicht noch einmal auf das eine oder andere hier einzugehen.

Fangen wir einmal mit dem Beitrag von Herrn Dr. Güldner an! Ich habe es eigentlich immer so gesehen, dass man, wenn man Zukunft gestalten will, eigentlich gut darin beraten ist, aus der Vergangenheit zu lernen

(Beifall bei der FDP)

und auch zu sehen, welche Verantwortlichkeiten dort gegeben gewesen sind, denn ansonsten läuft man Gefahr - das wissen Sie auch -, die Fehler zu wiederholen.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das einmal im Monat zu wiederholen,
bringt auch nicht viel!)

Das liegt ja nun nicht an uns. Sie müssen ja einmal davon ausgehen, dass wir die Fragen nicht gestellt haben, weil wir das gern wissen möchten, sicherlich auch, aber insbesondere deshalb, weil, das können Sie doch nicht ernsthaft bestreiten, es ein öffentliches Interesse daran gibt zu wissen, wer die Verantwortung für bestimmte Entscheidungen trägt

(Beifall bei der FDP)

und wie die Entscheidungen überhaupt zustande gekommen sind. Insofern ist das einmal der eine Teil, der dazugehört, wenn man Zukunft gestalten will, sich darüber zu informieren, wie die Vergangenheit gewesen ist.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das gebetsmühlenartig zu wiederholen,
bringt niemandem etwas!)

Deshalb, fand ich eigentlich, ist es schade gewesen, dass der Senat gerade den Teil unserer Anfrage noch viel dürftiger als den ersten Teil beantwortet hat, wo es gerade um die Zukunft ging. Es ist doch schon erstaunlich, dass es möglich ist, dass Pressekonferenzen abgehalten werden und Ähnliches und wir aus den Medien kleckerweise einzelne Informationen erhalten, aber im Prinzip dann gesagt wird - diese Anfrage liegt ja nun nicht erst seit gestern vor -, da wäre es nun überhaupt nicht möglich gewesen, einmal zu schauen, was man darstellen kann.

Ich muss sagen, ich habe heute durchaus die eine oder andere zusätzliche Information bekommen. Frau Rosenkötter hat zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Handlungskonzept - über den Begriff kann man dann wieder streiten, Herr Hansen spricht von einem Sanierungskonzept, in der Antwort auf die Anfrage wird vom Konsolidierungskonzept gesprochen, hier wurde vom Handlungskonzept gesprochen, ich gehe davon aus, dass es dasselbe Papier ist - gesagt, dass da weitere Maßnahmen vorgesehen sind. Ich habe explizit danach gefragt in der letzten Sitzung des Krankenhausausschusses des Landtags. Da hieß es, das sei irgendwie nicht so wichtig, das gäbe es alles nicht. Deshalb bin ich dankbar, dass Sie

wenigstens heute hier mündlich dazu Stellung genommen haben,

(Beifall bei der FDP)

aber das ist eben nicht die Art und Weise, wie die Öffentlichkeit erwarten kann informiert zu werden.

Ich will mich kurzfassen, deshalb erlauben Sie mir nur noch, auf einige doch sehr merkwürdige Argumente, die hier eine Rolle gespielt haben, kurz einzugehen! Um eines klarzustellen, ich denke auch, wenn man sich tatsächlich einmal die Mühe macht, Herr Kollege Beilken, in den Protokollen nachzulesen, werden Sie von mir mehrere Aussagen finden, die eben genau darauf hindeuten, dass wir als FDP zu keinem Zeitpunkt für das PPP-Modell eingetreten sind. Ich weise das also entschieden zurück, was Sie hier behauptet haben, das hat es so nie gegeben!

(Abg. Beilken [Die Linke]: Wollen Sie
ganz privatisieren?)

Auf der anderen Seite muss man auch einmal sehen - und da sind wir dann bei Herrn Brumma angekommen -, es ist eben nicht so, dass es hier um irgendeine Kontinuität geht. Ich habe Ihnen in meinem Beitrag ja aufgezeigt, wo ich der Meinung bin, dass das, was Sie vertreten haben, insbesondere vor der Wahl vertreten haben, eben nicht das gewesen ist, was Sie seither gemacht haben.

(Beifall bei der FDP)

Ich finde, das ist etwas, was man schon fairerweise auch in diesem Kontext einmal diskutieren muss, denn die Wählerinnen und Wähler, die dieses Parlament gewählt haben, haben ja auf einer bestimmten Informationsbasis und Erwartungshaltung auch ihre Entscheidungen getroffen, und die haben Sie seither sträflich enttäuscht, übrigens auch schon vor der Wahl.

Aber, und das muss man sagen, sich dann jetzt so herauszureden und zu sagen, das sei ein bundesweites Problem, da, denke ich, werden wir nicht zusammenkommen. Dieses Problem ist ein originär bremisches Problem, dass wir nämlich fünf Jahre hinter der Entwicklung im Bund hinterher sind. Das ist etwas, das man, wie ich finde, sinnvollerweise hier nicht in Abrede stellt, denn dadurch kann man eben dann auch Zukunft nicht angemessen gestalten, wenn man verleugnet, wo wir eigentlich wirklich stehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die FDP-Fraktion wird es Ihnen nicht ersparen, auch künftig über

die Zukunft unserer Krankenhauslandschaft zu sprechen. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 17/171 S, auf die Große Anfrage der FDP-Fraktion Kenntnis.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, noch einen Moment zu verweilen, weil wir dringend noch über die zwei Tagesordnungspunkte ohne Debatte hier abstimmen müssen!

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 11
vom 27. Mai 2008
(Drucksache 17/182 S)**

Eine Aussprache ist hier nicht beantragt worden, sodass wir direkt zur Abstimmung kommen.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt.

Zuerst lasse ich über die Petition S 16/587 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petition in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Nun lasse ich über die Petition S 17/151 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petition in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Jetzt lasse ich über die restlichen Petitionen abstimmen.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Betriebsausschusses
„Stadtgrün Bremen“**

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wir sind am Ende der Sitzung angekommen.

Ich schliesse die Sitzung der Stadtbürgerschaft.

(Schluss der Sitzung 19.24 Uhr)